

Riehener-Zeitung

Wochenzeitung für Riehen und Bettingen
79. Jahrgang / Nr. 40
Redaktion und Inserate:
Verlag A. Schudel & Co. AG
Schopfeggässchen 8, PF. 4125 Riehen 1
Telefon 645 10 00, Fax 645 10 45
www.riehener-zeitung.ch
Erscheint jeden Freitag
Preis: Fr. 1.80, Abo Fr. 75.– jährlich

Sicherheit: «Community Policing» wird flächen-deckend eingeführt
SEITE 2

Abschied: Gemein-de-weibel Robert Saladin tritt in den Ruhestand
SEITE 3

Einwohnerrat: Kritik am Bericht des Gemein-de-rates zur Strukturreform
SEITE 7

Wahlen: Zweiter Teil des RZ-Wahljournals zu den Regierungsratswahlen
SEITE 9–11

Sport: Klarer Sieg für die KTV-Volleyballerinnen zum Saisonstart
SEITE 13

PARTNERSCHAFT Riehener Delegation weilte zur Einweihung der neuen Evangelisch-Reformierten Kirche in Miercurea-Ciuc/Csikszereda

«Es gibt noch viel zu tun in Rumänien»

Vor wenigen Tagen wurde in Riehens rumänischer Partnerstadt Miercurea-Ciuc/Csikszereda eine neue reformierte Kirche eingeweiht. Zugleich ist es zehn Jahre her, seit die Gemeinde Riehen ihr Engagement für die rumänische Partnerschaft begann – ein guter Anlass für eine Zwischenbilanz.

ROLF SPIRIESSLER

Ziemlich genau zehn Jahre ist es her, seit die Gemeinde Riehen die Zusammenarbeit mit der Stadt Miercurea-Ciuc/Csikszereda im vorwiegend ungarischsprachigen Siebenbürgen in Rumänien aufgenommen hat. Zehn Jahre hat die örtliche reformierte Kirche auch gebraucht, um einen Kirchenbau zu realisieren, der die akuten Platzprobleme löst. Denn bisher versammelte sich die reformierte Kirchgemeinde in einem ehemaligen Ballsaal einer ehemaligen Kaserne. Das Lokal war zu klein, zumal die Religion in der Bevölkerung einen starken Stellenwert einnimmt. So ist zum Beispiel auch die katholische Gemeinde, die in der Region die Mehrheit stellt, am Bau einer neuen Kirche.

Gut besuchte Kircheinweihung

Vor einigen Tagen nun weilte eine Riehener Delegation für wenige Tage in der rumänischen Partnerstadt zur Einweihung des reformierten Kirchenbaus. Mit dabei waren unter anderen Gemeindepäsident Michael Raith, die Gemeinderäte Fritz Weissenberger und Christoph Bürgenmeier sowie Einwohnerratspräsidentin Irene Fischer. Sie zeigten sich sehr beeindruckt von der rund vierstündigen Feier in der völlig überfüllten Kirche – zahlreiche Leute verfolgten die Feierlichkeiten stehend oder sogar von draussen. Die neue Kirche hat ungefähr die Grösse der Riehener Dorfkirche.

Der Anlass ist eines der positiven Highlights der wechselvollen letzten zehn Jahre in der Geschichte der Stadt. «Als ich vor sechs Jahren zum ersten Mal dort war, war die Strasse zwischen Bukarest und Csikszereda voller Schlaglöcher, heute ist sie in gutem Zustand. Es gab wesentliche Verbesserungen in der Wasser- und Wärmeversorgung für die Bevölkerung. Mit der Umwandlung der Petöfistrasse in eine Fussgängerzone ist ein wirklich schönes Projekt gelungen», resümiert Michael Raith. Aber nicht zuletzt das Beispiel Petöfistrasse zeige auch eine Schattenseite. So habe man versucht, eine Art Bächlein in die Flanierstrasse zu integrieren, und dies sei fehlgeschlagen. In vielen Bereichen würden handwerkliche Fertigkeiten fehlen, um gewisse Vorhaben mit bleibender Qualität zu realisieren.

Qualifiziertes Handwerk fehlt

Ähnliche Feststellungen machte der Riehener Hochbauchef Fritz Weissenberger, der im Gegensatz zu Michael Raith zum ersten Mal in der rumänischen Partnergemeinde weilte. Man müsse vielleicht bei der Hilfe für die Partnerstadt auch vermehrt Ausbildungsprojekte ins Auge fassen. Vielleicht könnten pensionierte und motivierte Handwerksleute oder Lehrlinge motiviert werden, in Miercurea-Ciuc/Csikszereda diesbezüglich Aufbauarbeit zu leisten. Es gebe zwar gute akademische Ausbildungsgänge, doch könnte sich so mancher Gymnasialabsolvent eine weitere Universitätsausbildung aus finanziellen Gründen gar nicht leisten. Und so etwas wie eine zwei- oder dreijährige praktische Berufslehre gebe es offenbar gar nicht. Hier müsse ein Hebel angesetzt werden. Andererseits sei es erstaunlich, wieviel die Leute dort aus einfachsten Mit-

teln herausholen würden. So habe er zum Beispiel während seines Besuches eine Kläranlage gesehen, bei der mit einfachen Mitteln und einiger Improvisation akzeptable Ergebnisse erreicht würden – mit Anlagen, die total veraltet und längst sanierungsbedürftig seien.

Schuhe sind Mangelware

Wie Weissenberger zum ersten Mal in Rumänien war die Riehener Einwohnerratspräsidentin Irene Fischer. Nicht aus dem Kopf will ihr das Bild eines Knaben in einer Wohnsiedlung, der bei nahezu null Grad Celsius Aussentemperatur barfuss unterwegs war. Auch viele Zigeuner Kinder seien ohne Schuhe unterwegs, viele andere mit ungeeignetem Schuhwerk. Schuhe – und zwar stabile, warme Schuhe – seien Mangelware und sie werde nun im Niederholzsulhaus mit Hilfe der Schülerinnen und Schüler eine Schuhsammlung organisieren, kündigte Irene Fischer an. Etwas beschämt habe sie ein Blick auf einen Teil der «Hilfsgüter» getan, die den Weg von Riehen nach Miercurea-Ciuc/Csikszereda gefunden hätten. Da seien Kleider, Accessoires, Schuhe und so weiter dabei gewesen, die man besser gleich in Riehen entsorgt hätte.

Kleider, so habe man ihr beschieden, habe man im Moment sowieso im Überfluss. Es fehle an anderem. Zur Erinnerung: Für Miercurea-Ciuc/Csikszereda bestimmte Hilfsgüter können unabhängig von den Transportterminen jeden Dienstag von 8 bis 11.30 Uhr und von 14 bis 18.30 Uhr am Brünllirain 13 in Riehen abgegeben werden. Weitere Auskünfte sind über die Gemeindeverwaltung erhältlich (Telefon 646 81 11).

Umgang mit Minderheiten

Eine gewisse Sorge bereitet Michael Raith der Umgang mit ethnischen und religiösen Majoritäten und Minoritäten, wobei die Sache komplex und fragil sei. «Wir sollten vielleicht bei der nächsten Gelegenheit – im kommenden Jahr sollte wieder eine rumänische Delegation nach Riehen kommen – über dieses Thema reden, uns die Sache einmal eingehender erklären lassen und auch über den Umgang mit Minderheiten in der Schweiz diskutieren», denkt Michael Raith.

Das Thema ist in Rumänien hoch politisch. Sollten bei den demnächst anstehenden nationalen Wahlen die Postkommunisten die jetzige Regierung ablösen, würde die Ungarnpartei wohl ihre Regierungsbeteiligung verlieren. Die Ungarn sind über ganz Rumänien gesehen zwar eine Minderheit von weniger als zehn Prozent Bevölkerungsanteil, doch im Bezirk Harghita, in dem Miercurea-Ciuc/Csikszereda liegt, beträgt der Anteil der ungarischsprachigen an der Gesamtbevölkerung über vier Fünftel. Der Gedanke eines wiedervereinigten Grossungarn sei zwar in den Hintergrund getreten, so Raith, doch wolle man einen gewissen Autonomiestatus wiedererlangen, den es bereits einmal gegeben habe.

Tatsächlich wurde 1952 in einem Teil Transsilvaniens (Siebenbürgen bzw. ungarisch Erdely) eine «Autonome Ungarische Region» errichtet. Ab 1956 wurden die Autonomierechte aber bereits wieder eingeengt und 1968 erfolgte die endgültige Auflösung. Ebenfalls nicht unproblematisch ist der Umgang der ungarischen Mehrheit gewisser Regionen mit ihren Minderheiten, etwa den Rumänen und den Zigeunern.

Michael Raith betont, dass es nicht darum gehe, den Warnfinger zu erheben. Er erlebe die nun zehnjährige Partnerschaft nicht als «Einbahnstrasse», sondern als gegenseitigen Austausch auf kultureller, historischer, persönlicher Ebene, von dem auch Riehen stark profitiere.



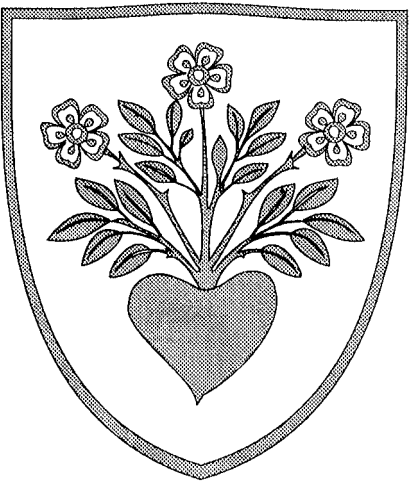
Der Riehener Gemeindepäsident Michael Raith spricht zur versammelten Gemeinde und zu den Gästen im Rahmen der vierstündigen Einweihungsfeier für die neue reformierte Kirche. Links ein Übersetzer. Foto: Fritz Weissenberger



Bei fast null Grad barfuss und mit einer Kassettenrekorderhülle unterwegs: Ein kleiner Bewohner freut sich über ein Schokoladenpräsent. Foto: Irene Fischer



Die Riehener Gruppe in den Karpaten (von links): Irma Wenk, Maja Bürgenmeier, Johannes Wenk, Christoph Bürgenmeier, Michael Raith, Elly Weissenberger, Fritz Weissenberger, Irene Fischer, Urs Denzler. Foto: zVg



Das Stadtwappen von Miercurea-Ciuc/Csikszereda.

10 Jahre Partnerschaft

rs. Die Partnerschaft Riehens mit einer rumänischen Stadt begann mitten in der Zeit des Umsturzes zum Jahreswechsel 1989/90. Auf Rumänisch heisst sie «Miercurea-Ciuc», auf Ungarisch «Csikszereda», auf Deutsch «Szeklerburg». Die Stadt zählt gegen 50'000 Einwohner, wovon über 80 Prozent ungarischsprachig sind, rund 7000 sind Rumänen.

Ein grosser Teil der Riehener Hilfe läuft über den «Verein Riehen Hilft Rumänien», der zurzeit im Doppelpresidium von Manfred Baumgartner und Christoph Bossart geführt wird. Dieser arbeitet eng zusammen mit der Gemeinde Riehen und dem «Verein Riehen» in Miercurea-Ciuc/Csikszereda unter dem Präsidium der pensionierten Schuldirektorin Borbáth Erzsébet und der Geschäftsführung von Kedves Szusza.

Miercurea-Ciuc/Csikszereda ist die zweite Riehener Partnergemeinde neben dem Bündner Walserdorf Mitten. Zwischen fünf und sieben Hilfstransporte gehen jährlich von Riehen nach Miercurea-Ciuc/Csikszereda. Darüber hinaus engagieren sich Gemeinde und Verein auch finanziell, zum Beispiel durch Unterstützung der Armenküche, eines Schulmittagshortes oder der Finanzierung von Zusatzrenten an bedürftige Rentner. In den kommenden Monaten soll die Aufteilung der Aufgaben zwischen Gemeinde und Verein diskutiert und eventuell neu geregelt werden.

Gemeinde Riehen



Nachwahl

Der Einwohnerrat hat in seiner Sitzung vom 27. September 2000 anstelle der zurückgetretenen Simone Gschwend für die Amtsperiode 1998–2002 in die Wahlprüfungskommission gewählt: *Michael Martig*.

Riehen, den 3. Oktober 2000

Im Namen des Einwohnerrates
Die Präsidentin: *Irène Fischer-Burri*
Der Sekretär: Andreas Schuppli

IN KÜRZE

Zeugenaufruf

pd. Am vergangenen Freitag ereignete sich im Kreuzungsbereich von Rauracherstrasse und Aeusserer Baselstrasse ein Verkehrsunfall. Ein PW-Lenker hatte infolge übersetzter Geschwindigkeit die Herrschaft über sein Fahrzeug verloren und geriet ins Schleudern. Dabei beschädigte er ein korrekt parkiertes Fahrzeug, welches durch die Wucht des Aufpralls gegen einen Baum gedrückt wurde. An beiden Fahrzeugen entstand Totalschaden. Zur Bergung der Fahrzeuge musste die Aeussere Baselstrasse im Bereich des Unfallortes für zwei Stunden gesperrt werden.

Die Polizei sucht Zeugen über die Telefonnummer 699 12 12.

INITIATIVE Basler SVP lanciert kantonale Integrationsinitiative

Ohne Deutschunterricht keine Aufenthaltsgenehmigung

Vergangene Woche hat die SVP Basel-Stadt bei der Staatskanzlei eine kantonale Volksinitiative «für eine wirksame Integrationspolitik» eingereicht. Darin fordert die SVP – als Bedingung für eine Aufenthaltsgenehmigung – obligatorische Deutsch- und Integrationskurse für Ausländer.

DIETER WÜTHRICH

Kaum haben die schweizerischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die 18-Prozent-Initiative zur Beschränkung der Zahl der in der Schweiz ansässigen Ausländerinnen und Ausländer deutlich bachab geschickt, lanciert die Basler SVP das nächste Volksbegehren zur Ausländer- und Integrationspolitik. In Anbetracht des «durch das regierungsrätliche Integrationsleitbild angeordneten Tohuwabohus» wollte die SVP jetzt das integrationspolitische Heft in die Hand nehmen, erklärte Parteipräsidentin Angelika Zanolari in gewohnt unzimperlicher Manier. Nach der Ablehnung der 18-Prozent-Initiative bestehe akuter Handlungsbedarf. «Die regierungsrätlichen Integrations-Alibiübungen haben ausgedient, das Problem liegt im zwischenmenschlichen Bereich und nicht in den Statistiken», meinte die Parteipräsidentin.

«Wir unterstützen das Prinzip, dass Ausländer mit legalem Aufenthaltsstatus mit längerfristigen Perspektiven in Basel integriert werden können», betonte nachfolgend SVP-Regierungsratskandidat Thomas Bucheli. Im Gegensatz zum regierungsrätlichen Leitbild verstehe die SVP unter Integration aber primär die Eingliederung der Neuzuwanderer in die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen des Kantons. Der Modebegriff der Multikulturalität führe langfristig zu einer segregierten und nicht zu einer integrierten Gesellschaft.

Insbesondere kritisiert die SVP die so genannte Mehrsprachigkeit im schulischen Bereich, wie sie im Integrationsleitbild postuliert werde. Die Behauptung, dass ausländische Kinder eine Fremdsprache – in diesem Falle Deutsch – leichter lernen, wenn sie zuvor im Schulunterricht ihre eigene Mut-

Kampagne «Basel wird sauber»

jf. Die Stadtreinigung hat im Verlauf des Sommers die Aktivitäten im Kampf gegen den achtlos weggeworfenen Abfall verstärkt. Dies bestätigt das Baudepartement Basel-Stadt in einer Medienmitteilung. Seit Juni seien die Strassenwischer jedes Wochenende auch in den frühen Abendstunden nochmals unterwegs. Ein neuer, grösserer Typ Abfallkübel ist seit August im Testeinsatz. Die bisherigen Erfahrungen seien positiv. In der nächsten Phase der Kampagne «Basel wird sauber» appelliert die Stadtreinigung mit einer Piktogrammserie in Inseraten an die «Treffsicherheit» der Bevölkerung beim Benützen der öffentlichen Entsorgungseinrichtungen.

Als Identifikationsfigur für Kinder wurde die lachende, wandelbare Kaugummi-Figur «Suba» geschaffen. «Suba» ziert das Einfasspapier für Bücher und T-Shirts, welche anlässlich von Putzaktionen und Projektwochen an Schulen abgegeben werden.

Am Samstag, 28. Oktober, von 15 Uhr bis 17 Uhr veranstaltet die Stadtreinigung gemeinsam mit der Stadtgärtnerei und den Quartiervereinen den Putztag «Hopp dr Bääse» in den Quartieren Breite, Gundeli, Kannenfeld, St. Johann und Unteres Kleinbasel. Die Bevölkerung ist eingeladen, ihr Quartier gemeinsam mit den Mitarbeitern im orangenen Tenue einmal selbst zu putzen und sich beim anschliessend offerierten Imbiss zu stärken.

Weitere Auskünfte erteilt Alexandre Bukowiecki vom Tiefbauamt unter der Telefonnummer 385 14 10 (von 15 Uhr bis 17 Uhr erreichbar).

tersprache korrekt lernen, sei wissenschaftlich fragwürdig. Es gebe Studien, die zu ganz anderen Ergebnissen kämen, erklärte Thomas Bucheli.

Als Beispiel führte er die Schulreform in Kalifornien ins Feld. Dort sei für Spanisch sprechende Immigranten bis vor kurzem der Besuch zweisprachiger Schulen (Englisch und Spanisch) möglich gewesen. 1998 sei dann aber aufgrund einer Volksabstimmung Englisch als alleinige Unterrichtssprache bestimmt worden. Ein von den Befürwortern der Zweisprachigkeit befürchtetes Absinken des Lernniveaus habe seither nicht stattgefunden. Vielmehr habe man in Kalifornien bei den Spanisch sprechenden Schülerinnen und Schülern wesentliche Leistungsverbesserungen in Englisch und Mathematik beobachtet. Die kalifornischen Ergebnisse stünden damit im klaren Widerspruch zum baselstädtischen Integrationsleitbild.

Die Forderungen der Initiative

Konkret will die SVP mit ihrer Initiative durchsetzen, dass der Besuch von staatlichen oder staatlich anerkannten Grundkursen in Deutsch für alle ausländischen Zuwanderer zum Obligatorium erklärt wird.

Ebenso obligatorisch wären so genannte Integrationskurse, in denen die Immigranten mit den lokalen Gesetzen, Sitten und Gebräuchen vertraut gemacht werden sollen. Insbesondere die Rechte der Frau in der westlichen Gesellschaft sollen den Immigranten vermittelt werden. Eine Zusammenfassung des Unterrichtes soll dann den Kursteilnehmenden schriftlich und in ihrer Herkunftssprache abgegeben werden. Ausländerinnen und Ausländer, die bereits eine Aufenthaltsbewilligung haben, wären verpflichtet, innert zweier Jahre einen Sprach- und Integrationskurs nachzuholen.

Die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung sowie das Bezugsrecht für staatliche Sozialleistungen sollen vom erfolgreichen Kursabschluss abhängig gemacht werden. Für die Erteilung einer Niederlassungsbewilligung wäre gemäss der Initiative der erfolgreiche Besuch von Deutschkursen auf höherem Niveau Voraussetzung. Wie und durch wen diese Erfolgskontrolle erfolgen soll, will die SVP auf Verordnungsebene festlegen lassen. Vom Kursobligatorium befreit wären gemäss Initiative hochqualifizierte ausländische Führungs- und Fachkräfte.

Wie Parteipräsidentin Angelika Zanolari an der Medienorientierung ausführte, rechnet man bei der SVP mit einer breiten, parteiübergreifenden Unterstützung für die Initiative.

KIRCHE Mehrheit der Schweizer Jugendlichen glaubt an Gott

Sinn- und Glaubensfragen sind nicht out



Die Türe zur Kirche soll auch Jugendlichen weit offen stehen. Allerdings haben diese offenbar mehr Berührungängste als die ältere Generation. Foto: RZ-Archiv

Für die Kirche wird es immer schwieriger, Einfluss auf die junge Generation zu gewinnen, da die Jugendlichen allen Institutionen – vor allem der Kirche – sehr distanziert gegenüberstehen.

JANINE FISCHLI

«Viele Jugendliche empfinden die Kirche oft als sehr hochschwellig. Kirche wird für sie erst dann interessant, wenn sie ihnen etwas bietet, das sie anspricht», sagte Christoph Nidecker am letzten Medienapéro der Basler Kirchen zum Thema «Ist die Jugend mit der Kirche am Ende?». Christoph Nidecker ist Leiter der Koordinationsstelle Jugendarbeit der Evangelisch-Reformierten Kirche Basel-Stadt.

Ein anderes Problem spricht Olivier Vogt, Gemeindehelfer in der Christkatholischen Kirche Basel-Stadt, an: «Aus der Erkenntnis heraus, dass junge Christka-

tholiken oft in der Zerstreuung leben, weil diese Kirche eine Minderheit ist, muss die Jugendarbeit in unserer Kirche besonders gefördert werden. Eine der Aufgaben des Jugendbetreuers ist, diese jungen Menschen zu erreichen und zu integrieren.» Als Beispiel zeigt er das Zahlenverhältnis Moslems zu Christkatholiken; in Basel leben zwölf- bis fünfzehntausend Moslems, die Zahl der Christkatholiken beträgt gerade mal 600.

Trotz der Tatsache, dass immer weniger junge Menschen in der Kirche anzutreffen sind, sind Sinn- und Glaubensfragen nicht out; die Mehrheit der Schweizer Jugendlichen glaubt an Gott. Dies zeigen erste Ergebnisse einer Umfrage über Religiosität von Jugendlichen, die die Arbeitsgemeinschaft Spiritualität der Deutschschweizer Fachstellen für kirchliche Kinder- und Jugendarbeit durchgeführt hat. Befragt wurden über 1000 Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren.

SICHERHEIT Flächendeckendes «Community Policing»

«Schugger» zum Anfassen im Kanton

Nach den guten Erfahrungen im Kleinbasel bekommen nun alle vier Polizeibezirke einen direkten Ansprechpartner für die Bevölkerung. In Riehen übernimmt Polizeikommissär Hans Müller die Rolle des «Schuggers» zum Anfassen. «Community Policing» hat das Ziel, zusammen mit der Bevölkerung Problemlösungen zu erarbeiten.

AMOS WINTELER

Das Konzept des «Community Policing» wurde ursprünglich in den Vereinigten Staaten zur Verbrechensbekämpfung entwickelt. Nun will die Basler Polizei als erster Kanton in der Schweiz die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitskräften und der Bevölkerung flächendeckend umsetzen. Polizeikommandant Markus Mohler nannte diese neue Form der gemeinschaftlichen Problemlösung denn auch «Schugger zum Anfassen». In allen vier Polizeibezirken der Stadt werden ab kommenden Woche je ein Polizeibeamter als Ansprechperson für die Bewohnerinnen und Bewohner zur Verfügung stehen. Diese haben die Aufgabe, die Sorgen der Bevölkerung ernst sowie deren Anregungen aufzunehmen. Das Ziel ist eine Partnerschaft. Zusammen mit den Institutionen sowie den Bürgerinnen und Bürgern soll die Polizei bestehende, mit Kriminalität und öffentlicher Sicherheit und Ordnung zusammenhängende Probleme identifizieren und an Ort und Stelle Lösungen erarbeiten. «Wir verstehen die Polizei als eine in die Gesellschaft integrierte Dienstleistungseinrichtung, die im Interesse der Bevölkerung für Sicherheit und Ordnung sorgt», so Markus Mohler.

Gute Erfahrungen im Kleinbasel

Versuchsweise ist das «Community Policing» vor zwei Jahren im Kleinbasel erfolgreich etabliert worden. In regelmässigen Abständen kommt es zu Zusammenkünften mit den diversen lokalen Institutionen wie der IG Kleinbasel, Parteienvetretern oder den Quartiervereinen. In Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsstellen hilft die Polizei dann, Lösungsansätze zu finden, damit der Schuh nicht weiter drückt. Thematisch reicht die Palette dabei von der Strassenbeleuchtung über Freizeitangebote für Jugendliche bis zu nachdrücklich polizeilichen Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

In Riehen genügt der Polizeikommissär

In der kommenden Woche stellen sich die «Community Policing»-Beauftragten in ihren Quartieren der Bevölkerung vor. Dabei soll der Kontakt zwischen der lokalen Bevölkerung und dem «Quartierpolizisten» erleichtert werden. «Allenfalls vorhandene Hemmschwellen wollen wir abbauen», betonte Markus Mohler an einer Medienorientierung. Neben den vier Polizeibezirken in der Stadt haben auch Riehen und Bettingen mit Polizeikommissär Hans Müller ihren «Schugger» zum Anfassen. Gemäss Auskunft von Markus Mohler wäre ein «Community Policing»-Beauftragter für die beiden Landgemeinden aber überflüssig. «In Riehen und Bettingen gehen die Einwohnerinnen und Einwohner bei Problemen sowieso direkt zum Polizeikommissär. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass für eine zusätzliche Polizeikraft kein Bedarf besteht.»

Sonnenkollektoren im Stadtladen

jf. Die Umweltberatung im Stadtladen an der Rebgrasse widmet bis zum 30. Oktober ihr Schaufenster dem Thema «Sonnenkollektoren für die Warmwasseraufbereitung». Die Umweltberatung will damit darauf aufmerksam machen, dass Sonnenenergie auch in unseren Breitengraden funktioniert, nicht teuer zu sein muss und auch noch Spass macht.

RZ-Telefon

Haben Sie in Riehen oder Bettingen etwas Lustiges, Ärgerliches, Neues oder Ungewohntes gesehen oder erlebt, dann rufen Sie uns an. Wir recherchieren gerne für Sie und berichten allenfalls mit einer Foto oder einem Artikel darüber. Sie erreichen uns über die Telefonnummer 645 10 00, von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 17.30 Uhr.

Die Redaktion

GRATULATIONEN

Fritz Steinle-Bürgin zum 80. Geburtstag

rz. Am Sonntag, 8. Oktober, kann Fritz Steinle-Bürgin an der Rüdinstrasse seinen 80. Geburtstag feiern. Die Riehener-Zeitung gratuliert ihm dazu ganz herzlich, wünscht ihm einen frohen Tag und weiterhin alles Gute.

Fritz Grenacher zum 80. Geburtstag

rz. Am kommenden Mittwoch, 11. Oktober, darf Fritz Grenacher-Solèr am Vierjuchartenweg seinen 80. Geburtstag feiern. Fritz Grenacher ist in Basel aufgewachsen. Dort besuchte er die Schulen bis zur Maturität am Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium im Frühjahr 1940. Danach folgte sein Bauingenieur-Studium an der ETH parallel zum Aktivdienst. 1946 verliess er die ETH nach Diplomabschluss und sammelte in verschiedenen Firmen Berufserfahrungen im Stahlbau, Stahlbetonbau sowie im Tiefbau.

Seit 1953 ist Fritz Grenacher glücklich verheiratet. Das Paar hat drei Kinder. Deren lose Bindung zum Elternhaus sei zur Freude der Eltern innig und häufig, berichtet Fritz Grenacher. Es vergehe keine Woche ohne im Minimum zwei Kontakte mit den Kindern.

Die letzten 30 Jahre seiner beruflichen Tätigkeit war Fritz Grenacher Teilhaber am Ingenieurbureau J. Ochsenner + F. Grenacher. Das Büro führte viele grosse Aufträge in Riehen und Basel aus, unter anderem den Bau des Werkhofes Riehen, den Bau von Regenwasserentlastungsleitungen in Riehen oder für die Tituskirche in Basel.

Ende 1991 wurde das gemeinsame Büro mit allen Angestellten an einen Nachfolger übergeben. Danach lag dem Jubilar die Pflanzlandstiftung, insbesondere die Pflanzlandstiftung Weilmatten, sehr am Herzen. 1998/1999 wurde auch diese Aufgabe weitergegeben. Heute geniesst er mit viel Abwechslung seine Familie mit den drei Enkelkindern, sein Heim und seine Hobbys.

Die Riehener-Zeitung gratuliert Fritz Grenacher ganz herzlich zu seinem Geburtstag und wünscht ihm alles Gute.

ZIVILSTAND

Geburten

Oliveira Rodrigues, Paulo, Sohn des Rodrigues, Paulo Jorge, portugiesischer Staatsangehöriger, und der Rodrigues geb. Vittoriano de Oliveira, Maria Raquel, portugiesische Staatsangehörige, in Riehen, Lörracherstrasse 198.

Stürzinger, Cédric Emanuel, Sohn des Stürzinger, Dieter Daniel, von Frauenfeld TG und Oberstammheim ZH, und der Stürzinger geb. Piet Berton de Lestrade, Dominique Héliane Marcelle, von Frauenfeld, Oberstammheim, Schönenwerd SO und Walterswil SO, in Riehen, Dörnliweg 33.

Schwan, Georg, Sohn des Schwan, Severin Anton, österreichischer Staatsangehöriger, und der Schwan geb. Stix, Ingeborg, österreichische Staatsangehörige, geboren in Binningen BL, in Riehen, Burgstrasse 171.

Todesfälle

Lotter-Madeux, Margot, geb. 1914, von Basel, in Riehen, Lörracherstr. 127.
Nater, Paula, Diakonisse, geb. 1902, von Hugelshofen TG, in Riehen, Schützengasse 51.

Bürgin-Brändlin, Paul, geb. 1929, von Eptingen BL, in Riehen, Unterm Schellenberg 147.

Leuzinger-Vollenweider, Erna, geb. 1907, von Glarus, in Riehen, Inzlingerstr. 50.

KANTONSBLATT

Grundbuch

Riehen, S E P 1445, 760,5 m², Wohnhaus und Garagegebäude Wenkenstrasse 84. Eigentum bisher: Ruth Esther Peters-Schüpbach, in Klosters GR (Erwerb 1. 11. 1985). Eigentum zu je 1/2 nun: Beat Karl und Veronica Peonia Berger-Chang, in Riehen.

Riehen, S F MEP 1241-0-6 (= 1/52 an P 1241, 11 m², unterirdische Autoeinstellhalle [Überbaurecht] Im Hinterengehl). Eigentum bisher: W. Monigatti AG, Bauunternehmung in Konkurs, in Basel, und Arnold Schweizer-Durrer, in Reinach BL (Erwerb 3. 10. 1988). Eigentum nun: Reto Steiger-Manz, in Riehen.

ABSCHIED Gemeindeweibel Robert Saladin tritt nach 30 Dienstjahren in den Ruhestand

«Es war eine wunderschöne Zeit»

Am vergangenen Freitag hatte Gemeindeweibel Robert Saladin ein lachendes und ein weinendes Auge. Nach 30 Jahren im Dienst der Gemeinde und der gesamten Riehener Bevölkerung verabschiedete er sich mit einem Apéro im Gemeindehaus von seinen zahlreichen Kolleginnen und Kollegen.

DIETER WÜTHRICH

Drei Gemeindepräsidenten, viele Gemeinderäte und eine kaum mehr zu überblickende Zahl von Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten hat Robert Saladin in all den Jahren kommen und gehen sehen. Er aber ist der Gemeindeverwaltung treu geblieben – bis am vergangenen Freitag. Da galt es auch für ihn nach 30 Jahren Abschied zu nehmen vom Amt des Weibels. Jetzt kann Robert Saladin seinen wohlverdienten Ruhestand geniessen. Zahlreiche Arbeitskolleginnen und -kollegen, Freunde und Bekannte liessen es sich im Rahmen eines kleinen Umtrunkes im Gemeindehaus nicht nehmen, ihm für seine Dienste zu danken und ihm ihre besten Wünsche für den dritten Lebensabschnitt mit auf den Weg zu geben.

Für die RZ hat Robert Saladin einige prägende Erinnerungen an seine 30-jährige Dienstzeit noch einmal Revue passieren lassen.

RZ: In den vergangenen drei Jahrzehnten haben Sie das Geschehen in der Gemeindeverwaltung, aber auch in der ganzen Gemeinde hautnah miterlebt. Was hat sich in all diesen Jahren verändert?

Robert Saladin: Es hat sich soviel verändert, dass ich gar nicht alles aufzählen kann. Die grössten Veränderungen innerhalb der Verwaltung hat wohl das Computerzeitalter gebracht. Ich mag mich noch gut erinnern an die Zeit, als wir für die Buchhaltung eine Rechenmaschine hatten, die wie ein alter Webstuhl «tschätteret het». Im Laufe der Jahre hat sich natürlich auch der



Ein fester Händedruck des Dankes vom «Chef»: Gemeindepräsident Michael Raith verabschiedet Gemeindeweibel Robert Saladin. Nach 30 Jahren im Dienst der Gemeinde tritt er nun in den Ruhestand.

Foto: Dieter Wüthrich

Personalbestand in der Gemeindeverwaltung enorm vergrössert. Als ich damals anfang, arbeiteten gerade mal 25 Leute im Gemeindehaus, heute sind es wohl um die 55. Und natürlich habe ich die wechselnde Zusammensetzung des Gemeinderates erlebt. Als ich am 1. August 1970 meinen Weibeldienst antrat, war ja noch Wolfgang Wenk Gemeindepräsident. Früher sassen vor allem noch die alteingesessenen Riehener im Gemeinderat. Auch das hat sich geändert.

Was waren für Sie die wichtigsten und schönsten Erlebnisse und Erfahrungen?

Als grossartiges Ereignis in Erinnerung geblieben ist mir zum Beispiel das grosse Dorffest von 1972 oder auch die Feierlichkeiten aus Anlass der Wahl von

Dr. Werner Ryhm zum Präsidenten des Grossen Rates im Jahre 1981. Daneben gab es viele kleinere Ereignisse, an die ich mich gerne zurückerinnere. Besonders Freude hatte ich immer, wenn ich als Vertreter der Gemeinde den Jubilarrinnen und Jubilaren zum Geburtstag gratulieren konnte. Die älteste Jubilarin war übrigens eine 108-Jährige.

Welche Pläne schmieden Sie für den Ruhestand?

Man sollte nicht zu viele Pläne schmieden, sonst ist es ja kein Ruhestand mehr. Aber ich werde jetzt endlich mehr Zeit haben, meinen Garten zu pflegen. Und ich freue mich auf das Familienleben und die ausgedehnten Spaziergänge mit meinem Schäferhund «Cora».

Daneben kann ich nun auch politisch aktiver sein. Denn als Gemeindeweibel konnte und wollte ich mich zu diesem oder jenem politischen Vorkommnis nicht äussern, auch wenn es mich manchmal «gebissen» hat. Aber es gehört einfach zur Berufsehre eines Gemeindeweibels, Zurückhaltung zu üben und niemals «aus dem Nähkästchen» zu plaudern.

Welche Bilanz ziehen Sie nach 30 Jahren als Gemeindeweibel?

Es war eine wunderschöne Zeit. Natürlich gab es neben vielen guten Erlebnissen auch einige unschöne Dinge. Aber ich hatte immer Freude an meinem Beruf. Und eines ist mir besonders wichtig: Die Gemeinde war wirklich eine tolle Arbeitgeberin.

...Urs Rinklin

fi. Wenn es im Keller ein bisschen nach Hefe, ein bisschen nach Frucht, ein bisschen nach Alkohol riecht, strahlt *Urs Rinklin*. Dann weiss er: Es gärt in den Tanks, aus süssem Traubensaft wird allmählich Wein, alles läuft rund. Das ist nicht selbstverständlich, denn der Gärvorgang ist ein heikler Prozess, der mit Sachverstand in Gang gesetzt und stets beobachtet werden muss. Urs Rinklin hält sich deshalb an die Devise: «Wenn ich im Keller arbeite, arbeite ich lieber mit Bedacht, dafür fehlerfrei. Denn in meinen Händen liegt der Verdienst eines ganzen Jahres.»

Urs Rinklin ist 25 Jahre alt. Nach der Matura und einem Jahr Praktikum auf einem Weingut im Welschland hatte er die Ingenieurschule für Önologie in Wädenswil besucht und erfolgreich abgeschlossen. Dann folgte wegen gesundheitlicher Probleme seines Vaters unerwartet schnell der Sprung in die Selbständigkeit. Er übernahm vor gut einem Jahr als Pächter auf dem Weingut «Rinklin», dem Weingut seines Vaters, die Verantwortung und machte sich auch gleich auf, einen neuen Weg zu beschreiten: Er wollte nicht nur draussen in den Reben des Schlipfs den Weinbau betreiben, sondern er wollte den Wein auch selbst herstellen. Denn erstens hatte er durch sein Studium das nötige Wissen dazu und zweitens schien es ihm eine wirtschaftliche Notwendigkeit, wollte er sich, wie geplant, seine Existenz mit dem Wein aufbauen. Mit dem Weinkeller war somit auf dem Weingut «Rinklin» eine neue Ära angebrochen. Bis anhin war der Traubensaft nach dem «Herbschten» der Verantwortung einer Grossweinkellerei anvertraut worden.

Das Weingut «Rinklin» ist ein traditionsreiches Weingut. Bevor die Gemeinde Riehen 1979 beschlossen hatte, einen gemeindeeigenen Rebberg anzulegen und zu bewirtschaften, war es die Familie Rinklin, die den weit herum beliebten «Schlipfer» hervorbrachte. Willy Rinklin, der Vater von Urs Rinklin, bewirtschaftete das Weingut bis im vorherigen Jahr. Willy Rinklin wiederum hatte in den Fussstapfen seines Vaters, Rudolf Rinklin, gestanden. Beide, Willy Rinklin und Rudolf Rinklin, hatten den Weinbau in Teilzeitarbeit betrieben,



Süsse Ernte und ein enthusiastischer Urs Rinklin, der seit einem Jahr das Weingut «Rinklin» in eigener Verantwortung weiterführt.

Foto: Judith Fischer

Willy Rinklin hatte daneben als gelernter Maschineningenieur an der Gewerbeschule unterrichtet, Rudolf Rinklin hatte zusammen mit seiner Frau Frieda Rinklin das Landpfundnhaus geleitet (1958–1976). In der Familiengeschichte noch weiter zurück findet man, dass auch Rudolf Rinklins Eltern Weinbau betrieben hatten. Dann, irgendwann, verliert sich die Spur. Doch Urs Rinklin, der jüngste im Glied, fügt der Familiengeschichte an: «Weinbau gibt es in Riehen seit über 1200 Jahren.» – Wir stossen mit einem Glas moussierenden Sauer an.

Urs Rinklin hat lange Arbeitstage. Im Sommer stand er bereits um sechs Uhr früh in den Reben, Feierabend hatte er bei Sonnenuntergang. Jetzt, im Herbst, findet die Weinlese statt. Die Traubenqualität verheisst einen Superjahrgang. Gelesen wird bis etwa 17 Uhr. Dann, nach einem Imbiss zusammen mit den für die Weinlese einberufenen Helferinnen und Helfern, fährt Urs Rinklin die Ernte in die Mosterei der Gemeinde, lässt den Saft pressen, fährt ihn zurück, pumpt ihn in den Keller und beginnt mit der Verarbeitung. Fehler darf er keine machen. Dann folgt das Waschen des Materials und das Aufräumen. Am nächsten Tag geht es weiter. Für mehr

als sechs Stunden Schlaf reicht die Zeit nicht. Einen freien Sonntag hatte er seit Wochen nicht mehr. Urs Rinklin wirkt aber weder gestresst noch müde. Dafür hat er viele Pläne, erzählt, dass er der-einst zwar nach wie vor Wein aus «Riesling x Sylvaner», «Gutedel» und «Blauburgunder» machen will, dass er aber auch seine eigenen Cuvets, Mischungen aus verschiedenen Traubensorten, machen will, um damit nebst einem bewährten Grundsortiment als Spezialität auch Weine mit einem speziell breiten Aromaspektrum anbieten zu können. Und weiter möchte er noch...

Dann hält er inne. Wird nachdenklich. Zugegeben, er habe sich das vergangene Jahr einfacher vorgestellt. Die Arbeit sei ihm manchmal fast zu viel geworden. Vieles sei neu gewesen und er habe den Unterschied zwischen der während des Studiums vermittelten Theorie und der Praxis kennen gelernt. Auch habe er grossen Respekt vor seinem Vater bekommen, der die viele Arbeit in den Reben neben seiner Teilzeittstelle als Lehrer ausgeübt habe.

In diesem ersten Jahr seiner Selbstständigkeit hat Urs Rinklin auch erfahren, was es bedeutet, die alleinige Verantwortung für die Arbeit zu tragen. Aus seiner Erzählung wird deutlich,

dass er diese Verantwortung gerne trägt. Verglichen mit seinen Kollegen aus der Schulzeit schätzt er sich glücklich, denn er glaubt, diese seien dem grösseren Stress ausgeliefert. Er habe zwar lange Arbeitstage, aber keinen Stress. Beginne er mal eine Viertelstunde später mit seiner Arbeit, habe das keine Konsequenzen, und wenn er abends mit der Arbeit nicht fertig sei, hänge er einfach eine Stunde an. Und damit, dass er vor allem Buchhaltungs- und Büroarbeiten, für die er in seinem Einmannbetrieb ebenfalls zuständig ist, noch etwas vernachlässigt würden, müsse er sich vorläufig wohl noch abfinden.

Wenn die strubste Zeit vorbei sein wird, will Urs Rinklin sich zusätzlich mit Fragen des Marketings befassen. Sein Wein heisst «Schlipfer», also genau gleich wie der Wein aus der Produktion der Gemeinde Riehen. Er empfindet die Gemeinde zwar nicht als Konkurrenz – im Gegenteil, nicht nur lässt er wie erwähnt seine Trauben bei der Gemeinde pressen, sondern er freut sich auch, dass er das fachliche Gespräch mit Gemeinderebmeister Jakob Kurz pflegen kann – doch will er der Kundschaft klar-machen, dass der «Schlipfer» aus dem Weingut «Rinklin» der Wein von Urs Rinklin ist.

Urs Rinklin weiss, dass der Beruf als selbständiger Önologe mit Unsicherheiten behaftet ist. Doch er blickt voller Enthusiasmus in die Zukunft. Unter anderem wegen seiner Liebe zur Natur hat er sich entschlossen, das Weingut seiner Familie zu übernehmen. Der Vater Willy Rinklin betreibt weiterhin den Obstbau. Die Mutter ist vor 10 Jahren gestorben, der Grossvater Rudolf Rinklin 1984.

Die Verantwortung für die Zukunft des Weins trägt allein Urs Rinklin. Sein um zwei Jahre jüngerer Bruder wird wohl einen anderen Weg gehen. Eine grosse Unterstützung ist die Grossmutter Frieda Rinklin. Einst schwang sie den Kochlöffel im Landpfundhaus, heute auf dem Weingut. Daneben hilft sie, wo es gerade nötig ist. Urs Rinklin erzählt über sie: «Meine Grossmutter ist über 80 Jahre alt. Wenn ich mal einen schlechten Tag habe, nicht arbeiten mag, nehme ich sie mir zum Vorbild. Sie ist mehr als fit und übertrifft mich an solchen Tagen bei weitem.»

LESERBRIEFE

Wallfahrten für den UNO-Beitritt

Eine CVP-Grossratskandidatin aus Riehen begründet unter anderem ein Ja zum UNO-Beitritt der Schweiz mit der Aussage, mit einem Beitritt «auch eine grössere Möglichkeit, Schweizer/innen zu verhelfen» (vgl. RZ 39). Sie kann wohl kaum damit rechnen, doch ihr früherer, an der Uni Freiburg tätige Einpauker und heutige Aussenminister arbeitet mit seinen Wallfahrten und Ausserungen sehr wahrscheinlich in dieser Richtung.

Bisher wurde die bereits existierende stattliche UNO-Beobachtermission mit dem Basler Botschafter Stähelin weitgehend verheimlicht. Doch weil die Entscheidung an der Urne gelegentlich bevorsteht, wird nun in einer Wochenzeitung ausführlich darüber berichtet. Im Abstimmungskampf kann man dann dem Stimmvolk gestrost erklären: Die zusätzlichen Ausgaben würden sich im Rahmen halten, weil ja schon alles (Gebäude in Genf, UNESCO, UNICEF, UNDP usw.) bisher bezahlt worden sei und man könne dann «das Wort ergreifen, den Einfluss spürbar machen zu sämtlichen Fragen, die die UNO behandelt».

Erhard Schenker, Riehen

Bahnlärm in Riehen wäre gar nicht nötig

Wer glaubt, Riehen müsse sich zwischen dem Stettenfeld und dem Rauracherquartier zwangsläufig mit Bahnlärm abfinden, liegt glücklicherweise falsch. Trotz dieser Erkenntnis hat sich in den letzten Jahren aber nichts geändert. Im Gegenteil: Die Emissionen haben einen Umfang angenommen, der auch für langjährige Anwohnerinnen und Anwohner der Bahnlinie kaum mehr erträglich ist. Tagsüber ist es ein Ding der Unmöglichkeit, Fenster gegen die Bahnlinie hin zu öffnen. Der Bahnlärm würde jedes Geräusch im Haus überdecken. In Form einer Interpellation habe ich nun die Basler Regierung aufgefordert zu prüfen, ob Geschwindigkeitsbegrenzungen, massvoll errichtete Lärmschutzwände sowie Änderungen beim Rollmaterial eine Verbesserung der Situation bringen würden. Obwohl das Bahntrasse durch Riehen Eigentum der Deutschen Bahn ist und der Schienenverkehr bundesrechtlich geregelt ist, scheint es mir angebracht, wenn die kantonalen Behörden zu diesem Thema Abklärungen treffen, mögliche Lösungswege vorschlagen oder gar in die Wege leiten.

Aus eigener Erfahrung weiss ich nämlich, dass es der Deutschen Bahn nicht an modernem Rollmaterial oder Geld für Sanierungen oder Lärmschutzmassnahmen mangelt. Warum aber wird in Riehen immer noch mit veraltetem Rollmaterial gefahren? Auf dem Markt wird längst neues und hochwertiges (und somit auch ruhiges) Material angeboten. Wie ich selbst feststellen konnte, ist beispielsweise in Mainz sowie auch in vielen anderen deutschen Städten zeitgemässes Rollmaterial vorhanden. Dort gleiten die Züge praktisch still über die Gleise. Somit liegt also der Schluss nahe, dass der Bahnlärm in Riehen weder zwingend ist noch länger erduldet werden muss. Auf die Antwort der Basler Regierung am 18. Oktober bin ich gespannt.

Kaspar Gut, Grossrat VEW

Zur Überbauung im Singeisenhof

Ein geflügeltes Wort lautet: Jedes Land hat die Regierung, die es verdient. Es ist auch auf ein Dorf anzuwenden. Was das bei uns in Riehen betrifft, ist es die Überbauung «Singeisenhof».

Als Mitglied der Nomenklaturkommission habe ich gelächelt, als wir dem Weglein den Namen «Im Rumpel» (auf einen alten Flurnamen zurückgreifend) gaben. Haben unsere Altvordern vielleicht gehaut, was hier einmal entstehen könnte? Bei den nächsten Wahlen werde ich klar entscheiden, wem ich meine Stimme zukommen lasse.

Hans Sulzer, Riehen

www.riehener-zeitung.ch



Die
Rieher Zeitung
im Internet!

Alles «PRIMA»? Nix prima!

Mit Erstaunen habe ich in der RZ vom 29. September den Beitrag über den nächsten Versuch nachgelesen, auch Riehen mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung zu beglücken. Erstaunt war ich darum, weil ich noch immer meine, über NPM oder PUMA oder WOV, oder wie man immer sagt, hätte der Einwohnerrat erst dann zu befinden, wenn der Gemeinderat einen Bericht zur Strukturreform der Gemeindeverwaltung abgeliefert hat, der diesen Namen wirklich verdient. Dem ersten Versuch war ein Misserfolg beschieden, wie an der letzten Einwohnerratssitzung unschwer festzustellen war. In der Orientierungsschule würde man dem Test den Vermerk «nicht erreicht» geben. Der Gemeinderat muss also nachsitzen und die vorgegebene Prüfung in einer zweiten, hoffentlich verbesserten Auflage wiederholen. Dies ist zumindest die Ansicht des Einwohnerrates.

Und jetzt der Grund meiner Verblüffung: Die RZ berichtete am 29. September auf Seite 2 exakt 20 Zeilen über die gemeinderätliche Pleite rund um die Strukturreform bzw. über die parlamentarische Ohrfeige, welche der Exekutive verpasst worden ist. Die ganze Seite 1 der RZ war demgegenüber dem «PRIMA»-Konzept gewidmet, mit dem Aufgaben, Funktionen und Kompetenzen von Gemeinderat, Parlament und Verwaltung bis im Jahr 2003 reformiert und neu definiert werden sollen. Im Gegensatz zu anderen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten kann ich damit leben, dass ich den «PRIMA»-Bericht erst nach der Lektüre der RZ erhalten habe. Was mich weit mehr erstaunt ist der Umstand, dass der Bericht schon vor der Einwohnerratsdiskussion zum Thema «Strukturreform» ausgedruckt und verpackt vorlag, unter dem Motto: «Was der Einwohnerrat beschliesst, ist uns sowieso egal, wir machen ohnehin, was wir wollen.»

Wir, die liberalen Einwohnerräte, machen es nicht; und ich gehe davon aus, jene der FDP, der CVP und der DSP machen es auch nicht. Bevor der Gemeinderat seine Hausaufgabe zur Strukturreform nicht mit «erreicht» oder «deutlich erreicht» abliefern, gibt es keine NPM-Diskussion, unabhängig davon, wie viele ergebene und unkritische Mitläuferinnen und Mitläufer der VEW- und SP-Fraktionen die Links-Mitte-Mehrheit des Gemeinderates unterstützen (obwohl sie innerlich eigentlich gar nicht wollen!).

Unsere Parole «Nix «PRIMA» bevor Strukturreform prima!» gilt im Übrigen trotz der Intervention von Gemeinderat Niggi Tamm, der am Abend der Einwohnerratssitzung gegenüber LDP-Präsident Thomas Strahm Klartext sprach und ihn aufforderte, endlich dafür zu sorgen, dass «seine» Einwohnerräte (und -innen) endlich spüren. Tamms Schelte war verbunden mit den obligaten Sprüchen vom «gleichen Strick, an dem wir alle ziehen sollen». Wer sie hörte, wusste auch, wer dem RZ-Chefredaktor in der heiklen Thematik die Feder führt und die Unterlagen liefert!).

Für mich besonders interessant ist in dieser Frage das Demokratieverständnis von Herrn Gemeinderat Tamm. Es ist – mit Verlaub – mehrere Grade unter Null und erinnert in mehrfacher Hinsicht an längst untergegangene Volksdemokratien. Man darf sich an den kommenden Grossratswahlen daran erinnern. Und auch die Gemeindebehörden werden gelegentlich wiedergewählt.

Theo Seckinger.

Einwohnerrat LDP, Riehen

Anmerkung der Redaktion: Die RZ-Redaktion sieht sich zu einer Stellungnahme zum obigen Leserbrief von Theo Seckinger veranlasst. Zu Theo Seckingers «Verblüffung» darüber, dass in der letzten RZ-Ausgabe nur ein Kurzbericht über die Septembersession des Einwohnerrates publiziert worden ist, ist folgendes festzuhalten: Die Sitzung des Einwohnerrates findet jeweils am Mittwoch, also einen Tag nach Redaktionsschluss der jeweiligen RZ-Ausgabe, statt. Seit Jahren publiziert die RZ deshalb am Freitag nach der Parlaments-sitzung einen Kurzbericht, dem in der darauf folgenden Woche die ausführliche Parlamentsberichterstattung folgt (siehe Seite 7 in der heutigen Ausgabe).

Zu dem im Leserbrief erhobenen Vorwurf, dass sich der RZ-Chefredaktor oder ein anderes Mitglied der Redaktion von einer wie auch immer gearteten Interessengruppe «die Feder führen lasse», erübrigt sich jeglicher Kommentar.

Orientalischer Basar

rz. Wie in «1001 Nacht» wird es am Sonntag, 15. Oktober, anlässlich eines orientalischen Basars im Pfarreiheim St. Franziskus zugehen. An zahlreichen Verkaufsständen werden Bauchtanzkostüme, orientalische Musik und viele Raritäten zum Verkauf angeboten. Stündlich finden zudem Tanzdarbietungen und eine Modeschau statt. Und im «Café Oriental» werden kulinarische Leckerbissen offeriert.

Der Basar dauert von 11.30 bis 17 Uhr.

KALENDARIUM
RIEHEN/BETTINGEN

Sonntag, 8.10.

KONZERT

Jiddische Lieder

Jürg Schmied (Gesang) und Solomon Ross (Gitarre) interpretieren jiddische Lieder. Foyer des Alters- und Pflegeheimes «La Charmille» (Inzlingerstrasse 235), 15 Uhr.

WORKSHOP

«Bilder zaubern»

Workshop «Bilder zaubern – Jedem sein eigenes kleines Kino». Malen von Glasbildern und Vorführung mit der Zauberalterne. Leitung: Anina Duffner. Für Kinder ab 7 Jahren. Spielzeugmuseum, Baselstrasse 34, 14–17 Uhr. Anmeldung erforderlich: Tel. 641 28 29. Kosten: Fr. 8.–.

Montag, 9.10.

TREFFPUNKT

«Träff Rieche»

Regelmässiger Treffpunkt für psychisch belastete Menschen, jeweils am Montag ab 18 Uhr im Pfarreiheim St. Franziskus.

Mittwoch, 11.10.

FÜHRUNG

«Laterna magica»

Öffentliche Führung durch die aktuelle Sonderausstellung «Gezauberte Bilder aus der Laterna magica». Spielzeugmuseum (Baselstrasse 34), 18 Uhr.

AUSSTELLUNGEN/
GALERIEN

Fondation Beyeler

Baselstrasse 101

Sonderausstellung «Andy Warhol – series and singles». Bis 31. Dezember. Dauerausstellung Sammlung Beyeler (Kunst der Klassischen Moderne). Öffnungszeiten: täglich von 10 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 20 Uhr.

«Kunst am Mittag» zu «Andy Warhol» am Freitag, 6. Oktober, 12.30–13 Uhr. «Montagsführung plus» zum Thema «Stars und Disaster» am Montag, 16. Oktober, 14–15 Uhr. Führung durch die Sonderausstellung jeden Dienstag, 15–16.15 Uhr; jeden Mittwoch, 18–19.15 Uhr; jeden Donnerstag, 15–16 Uhr; jeden Samstag und Sonntag, 12.30–13.45 Uhr. ArchitektTour (Museumsarchitektur in der Fondation Beyeler) am Mittwoch, 11. Oktober, 18.30–19.30 Uhr. Familienführung am Sonntag, 8. Oktober, 10.30–11.30 Uhr. «Masters»-Führung mit Ernst Beyeler am Dienstag, 10. Oktober, 18.45–20 Uhr. «Verdichtete Optik» – Lesung mit Mitgliedern des Schauspielensembles des Theaters Basel mit Texten von Andy Warhol am Dienstag, 17. Oktober, um 18.45 Uhr, Eintritt Fr. 15.– bzw. Fr. 11.– (Schüler/Studierende/AHV/IV). «Art+Dinner» (Führung mit anschliessendem Dinner im Restaurant «Berower Park» am Freitag, 20. Oktober, 18.45–23 Uhr, Preis: Fr. 98.– (ohne Getränke). Voranmeldung: Tel. 645 97 20.

«Kunst Raum Riehen»

Baselstrasse 71

«Fotografie + Serie» mit Fotos aus der Sammlung Ruth und Peter Herzog. Führung heute Freitag, 6. Oktober (Robert Schiess, 18 Uhr); am Mittwoch, 11. Oktober (Robert Schiess, 18 Uhr); am Sonntag, 15. Oktober (Peter Herzog, 11 Uhr) und am Sonntag, 22. Oktober (Peter Herzog, 11 Uhr). Öffnungszeiten: Mi–Fr 13–18 Uhr; Sa+So 11–18 Uhr. Bis 22. Oktober.

Spielzeugmuseum

Baselstrasse 34

Sonderausstellung «Gezauberte Bilder aus der Laterna magica». Workshop zum Thema «Zauberalternen» am 8. Oktober, 14–17 Uhr. Öffentliche Führung am Mittwoch, 11. Oktober, 18 Uhr. Öffnungszeiten: Mi–Sa 14–17 Uhr, So 10–17 Uhr. Bis 29. Oktober.

Dorf- und Rebbaumuseum

Baselstrasse 34

In der Reihe «Herausgepickt» werden unter dem Titel «Vier Grazien» Musterbeispiele für Form und Funktion gezeigt. Öffnungszeiten: Mi–Sa 14–17 Uhr, So 10–17 Uhr. Bis Ende Oktober.

Galerie Schoeneck

Burgstrasse 63

Ausstellung mit Werken von Masahiro Kanno. Öffnungszeiten: Mi–Fr 10–12 Uhr und 14–18.30 Uhr; Sa 11–17 Uhr. Bis 4. November.

Art Forum Riehen

Schmiedgasse 31

«Forme et Force» mit Werken von Thomas Guth und Paul Risch. Workshop (Herstellen von Holzskulpturen) mit Thomas Guth am Samstag, 7. Oktober, und am Samstag, 14. Oktober. Finissage am Sonntag, 15. Oktober (11 Uhr). Öffnungszeiten: Mi–Fr 15–19 Uhr, Sa+So 14–17 Uhr.

MUSIK 1. Abonnementskonzert der «Kunst in Riehen»

Ein Klavierduo zum Auftakt



Yaara Tal und Andreas Groethuysen gehören zu den weltweit renommiertesten Klavierduos. Ihre Spezialität ist das Spiel zu vier Händen.

Foto: zVg

rz. Die 50. Konzertsaison der «Kunst in Riehen» wird am Dienstag, 17. Oktober, mit einem Gastspiel des israelisch-deutschen Klavierduos Yaara Tal und Andreas Groethuysen eröffnet.

Die israelische Pianistin Yaara Tal und ihr deutscher Partner Andreas Groethuysen bilden heute eines der weltweit führenden Klavierduos, nachdem sich die beiden noch während des Aufbaus ihrer Solokarriere zum gemeinsamen Duospiel mit Schwergewicht auf das vierhändige Spiel entschlossen hatten.

Das Duo konzertierte unter anderen in so renommierten Konzertsälen und Veranstaltungen wie Concertgebouw Amsterdam, Philharmonie Berlin und München, Alte Oper Frankfurt, Wiener Musikverein, Mozartwoche Salzburg, Bologna Festival, Tonhalle Zürich, Wigmore Hall London und Tokyo Philharmonic Orchestra. Für ihre zahlreichen Einspielungen auf Schallplatte und CD

wurden Yaara Tal und Andreas Groethuysen wiederholt mit Preisen ausgezeichnet. So veröffentlichten sie unter anderem die erste und bei Publikum wie Presse vielbeachtete Gesamteinspielung des vierhändigen Werkes von Franz Schubert.

Franz Schuberts Variationen über ein Originalthema in As-Dur D 813, das A-Dur-Rondo D 951 sowie die Fantasie in f-Moll D 940 stehen denn auch im Mittelpunkt des Rieher Gastspiels des renommierten Duos. Daneben interpretieren Yaara Tal und Andreas Groethuysen die Suite op. 18 von Charles Koechlin sowie Georges Bizets «Jeux d'enfant» op. 22. Das Konzert findet im Dorfsaal des Landgasthofes statt. Beginn um 20.15 Uhr.

Einzelkarten sind im Vorverkauf beim Kulturbüro Riehen, Baselstrasse 43, Telefon 641 40 70, oder bei Musik Hug, Freie Strasse 70, Tel. 272 33 95, erhältlich.

«Fauteuil-Theater»: Atelier-Theater zeigt «Best of Cabaret»

Noch bis zum 21. Oktober spielt das Ensemble des Rieherer Atelier-Theaters im «Fauteuil-Theater» am Spalenberg die neue Basler Musical-Casting-Comedy «Best of Cabaret».

Die Basler Sängerin Bea Schneider und der Autor Klaus Zella haben eine heiter-parodistische Revue über ein Vorsingen für das Musical «Cabaret» und die Entstehung einer höchst eigenwilligen Theaterproduktion geschrieben. Die beiden entwerfen dabei gleichsam ein Theater im Theater. Dieses ist knapp bei Kasse, es fehlt an Mitteln für die Dekoration, für die Kostüme und für die Gagen, sodass alle Schauspielerinnen und Schauspieler mehrere Rollen verkörpern müssen. Vor allem aber fehlt noch die Darstellerin für die Hauptrolle. Zusätzlichen Unterhaltungswert bieten die geschickt in die Handlung eingebauten Songs.

Neben Bea Schneider – sie brilliert gleich in fünf verschiedenen Rollen – spielen Nando Ferrante, Dieter Ballmann, Tina Zimm, Markus Nicklas und Jasmin Weder. Vorstellungen finden täglich ausser sonntags und montags jeweils um 20 Uhr statt.

Telefonische Reservierung über die Nummer 261 26 10 bzw. 261 33 19.

Bildungssysteme auf dem Prüfstand

rz. Erfahrungen aus anderen Ländern prägen immer mehr Menschen. So wird auch die Diskussion rund um das Bildungswesen immer internationaler. Die «Regio-Konferenz für Erwachsenenbildung» und die «IG Basler Privatschulen» nehmen diese Entwicklung in ihrer Herbsttagung vom Freitag, 27. Oktober, von 13.30 bis 18 Uhr in der Aula der Universität Basel (Petersgraben 1) thematisch auf. Im Rahmen dieser öffentlichen Tagung diskutieren Fachleute aus Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz die jeweiligen Bildungssysteme von der obligatorischen Grundausbildung bis zum Stellenwert der Erwachsenenbildung.

Weitere Auskünfte erteilt Kornelia Schultze, Telefon 373 19 15.

Platzkonzert des Rekrutenspiels Herisau

rz. Das Rekrutenspiel der Infanterieschule Gossau-Herisau ist diesen Sommer in Herisau stationiert. Die 60 Rekruten, die ihr musikalisches Können bei einer Fachprüfung bewiesen haben, studieren während 15 Wochen ein vielseitiges Programm ein. Das Spiel steht unter der Leitung eines achtköpfigen Kaders und des Musikinstructors Werner Horber. Das Repertoire umfasst traditionelle Marschmusik ebenso wie Swing und Unterhaltungsmusik.

In der zweitletzten Woche der Rekrutenschule wird das Spiel im Dorfsaal des Landgasthofes eine Doppel-CD einspielen. Aus diesem Anlass wird das Musikkorps am Mittwoch, 11. Oktober, um 17 Uhr vor dem Gemeindehaus ein Platzkonzert geben.

Aus dem Einwohnerrat

KRITIK Bericht des Gemeinderats zur Strukturreform der Gemeindeverwaltung

«Hausaufgaben nicht gemacht»



Noch manche Hürde bleibt wohl zu überwinden auf dem Weg zu einer gelungenen Gemeindereform. Foto: Philippe Jaquet

Von verschiedenen Seiten stark kritisiert wurde der gemeinderätliche Bericht zur Strukturreform der Gemeindeverwaltung. Er wurde zum «Zwischenbericht» degradiert und der Gemeinderat erhielt den Auftrag, bis im Mai 2001 einen ausführlichen Bericht inklusive Beantwortung des Anzuges Paul Schönholzer vorzulegen.

ROLF SPIRIESSLER

Über die Gemeindereform sei schon viel diskutiert worden, das Gesprächsklima im soeben beendeten Workshop habe ihm aber nun Mut gemacht, sagte Gemeindepräsident Michael Raith in seiner Einleitung. Man solle nun mit dem Reformprozess weiterfahren. Der Gemeinderat habe seinen Bericht bewusst kurz gefasst, habe dafür aber umfangreiche Unterlagen dazugelegt.

Weiteren Bericht gefordert

Christine Goetschy (FDP) zweifelte in ihrem Votum an der Aussagekraft der Strukturanalyse Starck, denn beim gewählten Vorgehen bestehe die Gefahr, dass die Antworten durch die Art der Fragen ein Stück weit impliziert seien. Nicht einbezogen habe man die Meinung der Bevölkerung über die Qualität der

Leistungen sowie über das gewünschte Angebot der Gemeindeverwaltung. Im Vorgehen des Gemeinderates sei kein Konzept, kein roter Faden zu erkennen. Sie fragte, wie oft und aus welchen Gründen der vorübergehend eingesetzte Ombudsmann kontaktiert worden sei, und bezweifelte die Notwendigkeit der Stelle für Personalwesen, die der Gemeinderat kürzlich ausgeschrieben hat. Der Gemeinderat habe mit der Vorlage dieses Berichtes seine Hausaufgaben nicht gemacht, da der Bericht keine neuen Erkenntnisse bringe. Man solle den Istzustand besser beschreiben, die Kundschaft – sprich die Bevölkerung – in die Evaluationen miteinbeziehen, man solle formulieren, welche Art von Reform in welcher Zeit und unter welchen Verantwortlichkeiten umgesetzt werden solle und man solle eine ISO-Zertifizierung der Gemeindeverwaltung ins Auge fassen. Deshalb beantrage sie, den vorliegenden Bericht lediglich als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen und vom Gemeinderat bis im Mai 2001 einen weiteren Bericht zu verlangen, der zudem eine Antwort auf den Anzug von Paul Schönholzer aus dem Jahr 1994 zum Thema Strukturreform zu enthalten habe.

Michael Martig (SP) erläuterte im Namen der Fraktion SP/Grüne, der Bericht fasse die wesentlichen Punkte zusammen und werde durch die detaillierten Unterlagen durchaus zu einem umfassenden Bericht. Die beiden Freistellungen als Folge des Starck-Berichtes hätten ihn als Parteipräsident zwar betroffen gemacht, doch gestand er dem Gemeinderat zu, dass er mit diesem Schritt die Voraussetzungen geschaffen habe, dass eine Reform überhaupt erst möglich geworden sei. Martig kritisierte, dass einzelne Exponenten der Geschäftsprüfungskommission dieses Gremium missbrauchen würden, um die Arbeit des Gemeinderates allgemein schlecht zu machen. Man solle wieder zurückfinden zu etwas mehr gegenseitigem Respekt, mit der bedingungslosen Kenntnisnahme des Berichtes einen Schlussstrich ziehen unter das Vergangene und nun in die Zukunft schauen.

«Gemeinderat nicht ehrlich»

Hans Rudolf Lüthi (DSP) sagte in Er widerung auf das vorhergehende Votum, die GPK habe sich als Gesamtgremium geäussert, man könne also nicht von einer Kritik «einzelner Exponenten» sprechen. Seine Fraktion sei sehr enttäuscht vom dürtigen Papier des Gemeinderates. Er stellte die Ehrlichkeit des Gemeinderates in Frage. Der Gemeinderat nehme die Aufträge des Parlamentes nicht ernst. Er vermisse im Bericht konkrete Änderungsvorschläge wie Bildung eines gesamthaften Bauresorts oder eine Neuordnung der Aufgaben in neuen Ressorts. Er schliesse sich dem FDP-Antrag an und spreche sich für die Bildung einer einwohnerrätlichen Reformkommission aus.

Auch Rolf Brüderlin (LDP) unterstützte den Antrag der FDP. Der Gemeinderat lege hier einen «Bericht der Nichtreform» vor. Eine Reform müsse

gesamthafte Prozesse hinterfragen. In Riehen stimme die Kommunikation innerhalb der Verwaltung nicht, das eine Ressort wisse nicht, was das andere tue. Ein Thema müssten auch mögliche Ausgliederungen sein, etwa in den Bereichen Liegenschaftsverwaltung, Rebbergbewirtschaftung, Kulturmanagement oder Gemeindegärtnerei. Der Gemeinderat sei nicht fähig, diese Reform durchzuführen, dies solle eine einwohnerrätliche Reformkommission tun.

Hans-Ruedi Brenner (VEV) sprach sich für zustimmende Kenntnisnahme aus. Es sei bisher nur darum gegangen, Exekutive und Gemeinde für die Reform fit zu machen. Seine Ziele habe der Gemeinderat im Übrigen im kürzlich veröffentlichten Leitbild ausführlich dargestellt. Er rief zu Einigkeit zwischen Einwohnerrat und Gemeinderat auf, denn die brauche es nicht zuletzt im gemeinsamen Kampf gegen die hängige Steuer-schlüsselinitiative.

Niggi Benkler (CVP) sprach sich für den FDP-Vorschlag des Zwischenberichtes aus. Es seien zwar Ansätze erkennbar, aber zu wenig Konkretes. Wichtig sei, dass innerhalb der Verwaltung das Klima verändert und eine abteilungsübergreifende Transparenz geschaffen werde.

Während Oskar Stalder (FDP) sagte, die GPK habe vom gemeinderätlichen Bericht erwartet, er bestücke den Einwohnerrat im Hinblick auf die kommende WoV-Vorlage mit mehr Fakten, sagte Rita Altermatt Hädener (Grüne), diese Aufgabe sei ja in diesem Fall unlösbar.

«Unlösbare Aufgabe»

Ähnlich äusserte sich Gemeindepräsident Michael Raith. Man könne doch vom Gemeinderat nicht erwarten, dass er vor Inangriffnahme des Reformprozesses schon einen Überblick über die zu erwartenden Ergebnisse geben könne. Die Strukturreform sei ein Prozess, den man gemeinsam durchleben müsse. Man könne ja auch nicht die Aussicht auf einem Berg geniessen, ohne diesen vorher erklommen zu haben. Raith befürwortete die Bildung einer einwohnerrätlichen Reformkommission. Er fragte, was diese Sache mit dem «Zwischenbericht» solle. Natürlich könne dieser Bericht gar nicht abschliessend sein und der Gemeinderat berichte gerne jederzeit über aktuelle Sachverhalte und Prozesse.

Der Antrag der FDP, wonach der gemeinderätliche Bericht lediglich als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen und der Gemeinderat aufzufordern sei, bis im Mai 2001 einen Bericht inklusive Antwort zum Anzug Schönholzer vorzulegen, wurde mit 20:14 gutgeheissen. Offen blieb die Frage, ob dies Konsequenzen haben werde auf die bereits zuvor angekündigte Behandlung der gemeinderätlichen WOV-Vorlage in der Oktobersitzung, weil im Einwohnerrat verschiedentlich gefordert worden ist, der Gemeinderat habe vor Behandlung der WoV-Vorlage einen Bericht zur Strukturreform abzuliefern. Eine diesbezügliche Frage von Hans Heimgartner (LDP) blieb unbeantwortet im Raum stehen.

WORKSHOP Einwohnerrat machte sich WOV-kundig

WOV – die Gebrauchsanweisung

Vorgängig zur Einwohnerrats-sitzung am vergangenen Mittwoch hatte sich der Einwohnerrat zu einem WOV-Workshop getroffen. Eine Arbeitsgruppe entwickelte die Vision von aufblühendem Verwaltungspersonal.

JUDITH FISCHER

«Leistungsauftrag», «Parlamentarische Instrumente und Controlling», «Globalbudget und Leistungsauftrag» sowie «WOV-Grundsatzfragen» waren die Themen, die sich der Einwohnerrat für seinen Workshop über die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) selbst gegeben hatte. Jedes Thema war parteiübergreifend in je einer Arbeitsgruppe diskutiert worden und anschliessend in einer öffentlichen Plenumsveranstaltung vorgestellt worden. Den Workshops beigewohnt hatten die mit der WOV-Thematik vertrauten Auswärtigen Pia Glaser (Altgemeindepräsidentin Binningen), Urs Rediger (Einwohnerrat Binningen), Annemarie von Bidder-Kleiner (Grossrätin VEW), Rita Schiavi (Grossrätin BastA!) und Gabi Bomatter (Gemeindeverwaltung Schlieren).

Gemäss den Resultaten, die die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppen vorstellten, hinterliess der Einwohnerrat den Eindruck, dass er sich auf dem Weg zur WOV befinde. Es wurden zwar einige skeptische Vorbehalte eingebracht, aber im Grossen und Ganzen wurde – gemäss der Themenstellung des Workshops – vor allem dargelegt, was wie zu tun wäre, damit Riehen die WOV einführen und realisieren könnte. Im Gegensatz dazu liess die anschliessende Einwohnerratsdebatte Zweifel aufkommen, ob die WOV-Vorlage demnächst zur Diskussion stehen werde. (vgl. nebenstehenden Artikel).

Wissen, wozu man Ja sagt

Die erste Arbeitsgruppe nannte Faktoren, die es braucht, damit ein Leistungsauftrag definiert werden kann. Als Vorgabe hatte der Gruppe das Vorgehen der Gemeinde Binningen gedient, die die WOV bereits eingeführt hat. Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass mit der WOV quantitativ und qualitativ bessere Steuerinstrumente zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Produktgruppen, die neu wichtiger Bestandteil der Budgetdebatte sein würden, würden es erlauben, ein transparenteres Budget zu erstellen. Man würde besser wissen, wozu man Ja oder Nein sage.

Damit wiederum könne mit der WOV das Vertrauen statt das Misstrauen gestärkt werden.

Reformkommission

Die zweite Arbeitsgruppe hatte sich mit den parlamentarischen Instrumenten befasst. Sie forderte den Einsatz einer Reformkommission. Aufgabe dieser Reformkommission wäre es, neue notwendige parlamentarische Instrumente einzuführen. Beispiele solcher Instrumente wären ständige Sachkommissionen, der Auftrag oder die parlamentarische Erklärung.

Aufblühendes Personal

Aufblühendes Verwaltungspersonal, das sich als Eigentümer seiner Arbeit sieht, war die Vision, die die dritte Arbeitsgruppe zum Thema «Globalbudget und Controlling» entwickelt hatte. Erreichen könne man dies, indem man zuerst als wichtige Voraussetzung eine gute Atmosphäre schaffe, in der Motivation und Freude im Vordergrund stehen würden. Die Arbeitsgruppe kam weiter zum Schluss, dass dem Parlament – entgegen der gängigen Vorstellung von WOV – zu wesentlichen Fragen des Wie weiterhin eine Stellungnahme zu ermöglichen sei. Als wichtige Änderung wären beim Controlling nicht mehr nur Geldbeträge wichtig, sondern es müsste auch überprüft werden, welche Ziele erreicht und wie sie finanziert worden seien. Zu prüfen wäre nach Vorschlag der Arbeitsgruppe ein zweistufiges Globalbudget.

Renovation statt Abbruch

«Kann unternehmerisches Denken wirklich überall in der Verwaltung eingeführt werden?», hatte ein Teil der vierten Arbeitsgruppe in einer Grundsatzdiskussion skeptisch gefragt. Einig war sich die Arbeitsgruppe darüber gewesen, dass es in der Verwaltung mehr Kostentransparenz brauche und dass eine Parlamentsreform nötig sei. Wie auch schon die dritte Arbeitsgruppe forderte die vierte Arbeitsgruppe eine Mitsprachemöglichkeit des Parlamentes über das Wie und sie forderte die Stärkung von Sachkommissionen. Sie kam zum Schluss, dass die WOV eine Möglichkeit sei, um Bestehendes zu renovieren. Bei der Einführung der WOV bestehe aber die Gefahr, dass statt der Renovation des bildlichen Verwaltungshauses ein Abriss und Neubau angestrebt werde. Abriss und Neubau seien aber nicht erwünscht. Zudem regte die Arbeitsgruppe an, den nach Betriebswirtschaft klingenden Namen «WOV» zu ändern.

Anzeigenteil

Ueli Vischer, LDP, bisher



Ueli Vischer (*1951), Schulen in Basel, Studium der Jurisprudenz; 1979–81 Basler Volkswirtschaftsbund; 1981–87 Jurist im Generalsekretariat und im Verwaltungsrat der Basler Versicherungsgesellschaft, ab 1988 Landesdelegierter Italien der Basler Versicherungsgesellschaft; 1980–92 Grossrat, 1989/90 Grossratspräsident; 1992 Wahl in den Regierungsrat.

RZ: Herr Vischer, die Finanzlage des Kantons Basel-Stadt hat sich nach Jahren grosser Defizite wieder etwas entspannt. Fällt Ihre persönliche Legislaturbilanz dementsprechend positiv aus?

Ueli Vischer: Die Entwicklung des Finanzhaushaltes ist tatsächlich erfreulich. Für diesen positiven Trend ist nicht einfach nur *ein* Faktor verantwortlich, übrigens ebenso wenig wie damals, als der Kanton tief in den roten Zahlen steckte. Ausschlaggebend waren vielmehr Massnahmen in allen Departementen und die allgemein verbesserte Konjunkturlage. Das Finanzdepartement ist gewissermassen das Ressort «Dienste», das dem operativen Bereich die notwendigen – nicht nur finanziellen Infrastrukturen zur Verfügung stellt. Aus diesem Bereich kann ich zum einen das neue Personalgesetz positiv hervor-

heben, mit welchem der Beamtenstatus abgeschafft wurde. Und zum anderen sind wir bei der Umsetzung der neuen Verwaltungsführung einen guten Schritt vorwärtsgekommen. Damit verbunden war eine grundlegende Modernisierung des Rechnungswesens – ein riesiges EDV-Projekt, mit dem wir heute auch national gesehen an der Spitze stehen. Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Regierungsrat habe ich mich schliesslich für das «Aktionsprogramm Stadtentwicklung» engagiert, das wir ja auch zur Erhaltung des Steuersubstrates in Angriff genommen haben. Und schliesslich konnte in dieser Legislatur auch das Steuergesetz total revidiert werden.

Rechnen Sie mit einer weiteren Verbesserung der Finanzlage in den kommenden Jahren?

Mit der Verbesserung der Finanzlage werden bereits viele Begehrlichkeiten angemeldet, sei es Leistungsausbau einerseits oder Steuerabbau andererseits. Wir müssen aber auch einen Schuldenabbau ins Auge fassen. Es wird eine der grossen Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode sein, hier einen guten Mittelweg zu finden. Für die nächsten zwei oder drei Jahre rechne ich mit einer stabileren Finanzlage, die Entwicklung darüber hinaus bleibt Spekulation. Ich möchte aber betonen, dass der kantonale Finanzhaushalt strukturell nicht in Ordnung ist. Wir dürfen deshalb nicht noch einmal den gleichen Fehler wie vor etwa zehn Jahren machen und jetzt in den anstehenden «fetten» Jahren die Ausgaben unbedacht in die Höhe der – zurzeit hohen – Einnahmen schrauben. Denn Belastungen des Finanzhaushaltes wie etwa Subventionserhöhungen können bekanntermassen gerade in schlechteren Zeiten nur sehr schwer wieder rückgängig gemacht werden.

Auch aus den Reihen Ihrer eigenen Partei ertönt der laute Ruf nach steuerlichen Entlastungen. Wie realistisch ist mittel- und längerfristig eine solche Forderung?

Die Steuern im Kanton Basel-Stadt sind im nationalen Vergleich zu hoch. Darin sind sich eigentlich alle Regierungsparteien einig. Der Ruf nach steuerlichen Entlastungen ist deshalb folgerichtig, zumal in den meisten Kantonen, insbesondere auch in unserer Nachbarschaft, Steuerreduktionen realisiert oder in Planung sind. Die Umsetzung dieser Forderung ist allerdings eine Gratwanderung zwischen dem berechtigten Wunsch nach einer Steuerreduktion und dem – ebenfalls von niemandem bestrittenen – übergeordneten Interesse, den Finanzhaushalt im Lot zu halten. Ich denke deshalb, dass die Entlastung bzw. der Ausfall an Steuergeldern kleiner sein muss, als dies zum Beispiel die Initiative «Stopp der Steuerspirale» fordert.

Ein wichtiges Ziel im Zusammenhang mit der Finanzierung unserer Stadtaufgaben bleibt eine bessere Abgeltung der vom Kanton Basel-Stadt erbrachten zentralörtlichen Leistungen durch die auswärtigen Nutzerinnen und Nutzer. Das geht allerdings, die Erfahrungen der letzten Jahre haben dies deutlich gezeigt, nicht mit – kontraproduktivem – «Hopplahopp», sondern nur Schritt für Schritt in langwierigen Verhandlungen.

Wie beurteilen Sie die Idee, analog zu anderen Schweizer Kantonen mit einer massiven Steuerreduktion neue, sehr potente Steuerzahler nach Basel zu locken, mit dem Ziel, den zu erwartenden kurz- und mittelfristigen Ausfall an Steuergeldern langfristig mehr als nur zu kompensieren?

Sie spielen damit auf die Steuerkonkurrenz an. Das bedeutet, dass wir markant steuergünstiger sein müssten als andere Kantone. Um das Steuerpendel auf unsere Seite zu zwingen, könnten wir zum Beispiel die Steuern der natürlichen Personen ganz massiv um 20 bis 30 Prozent senken. Das hätte aber einen Verlust von Steuereinnahmen in der Grössenordnung von bis ca. 400 Mio. Franken zur Folge. Unser Finanzhaushalt käme dadurch völlig aus dem Gleichgewicht. Diese Rechnung würde kaum aufgehen. Von einem steuergünstigen Kanton wie zum Beispiel Schwyz erwartet zudem niemand, dass er die

gleichen Zentrumsleistungen wie Basel-Stadt erbringt. Eher als «Steueroase» zu werden, geht es deshalb mindestens so sehr darum, gegenüber unseren heutigen treuen Steuerzahlern ein Zeichen zu setzen.

Befürworten Sie eine Abschaffung der Erbschaftssteuer zumindest für direkte Nachkommen?

Die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer unterliegt grossen Schwankungen, im Durchschnitt sind es wohl zwischen 40 und 50 Mio. Franken. Die Hälfte davon entfallen auf direkte Nachkommen. Auch hier stellt sich die Frage, was uns ein solcher Einnahmenverzicht für den Standort Basel-Stadt bringt. Wenn ich wählen könnte oder müsste, hätte ich deshalb lieber eine Reduktion bei der Einkommens- als bei der Erbschaftssteuer.

Die Initiative zur Reduktion der Steuerunterschiede hängt nach wie vor als Damoklesschwert über den Landgemeinden. Welche Strategie verfolgen Sie bzw. der Gesamtregierungsrat in diesem Zusammenhang?

Der Regierungsrat hat immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass er eine solche, von oben verordnete Anpassung der Steuerbelastung ablehnt. An dieser Haltung hat sich nichts geändert. Noch in diesem Jahr müssen wir aber dem Grossen Rat eine Vorlage unterbreiten. Der Entscheid des Grossen Rates im Zusammenhang mit der abgelehnten Kommunalisierung der Landschulen ist als Auftrag zu einer rein fiskalischen Lösung zu interpretieren. Dabei lassen sich wohl zwei Elemente miteinander kombinieren: Zum einen eine Entlastung auf kantonaler Ebene (siehe oben), zum zweiten eine zusätzliche Belastung der Landgemeinden. Aus der Sicht des Kantons könnte dies in Abhängigkeit zur geringeren Steuerbelastung in den Landgemeinden eine Erhöhung des Finanzausgleiches sein.

Dem Kanton entgehen durch den anhaltenden Bevölkerungsschwind ja auch Steuereinnahmen. Glauben Sie, dass die im Rahmen des «Aktionsprogramms Stadtentwicklung» geplanten oder bereits vollzogenen

Massnahmen daran etwas ändern können?

Ich bin davon überzeugt, dass diese Massnahmen greifen werden, insbesondere die Schaffung von 5000 neuen Wohnungen im höheren Preissegment. Denn wir haben in Basel-Stadt keinen substanziellen Leerwohnungsbestand. Also gibt das zwingend zusätzliches Steuersubstrat.

Als einem der grössten Landbesitzer in Riehen und Bettingen wird dem Kanton bei der Bewirtschaftung seiner «Ländereien» hin und wieder mangelnde Sensibilität gegenüber den Landgemeinden vorgeworfen (Stichwort Mittelfeld, Gehrhalde, Parzelle 2 in Bettingen). Was entgegnen Sie auf diese Kritik?

Natürlich kann man sich immer fragen, ob es sinnvoll ist, dass der Kanton überhaupt solche «Ländereien» besitzt. Aber wir haben nun einmal eine Verpflichtung gegenüber den Steuerzahlern, diesen kantonalen Besitz optimal zu verwalten. Und diese Verpflichtung kann manchmal zu einem Interessenkonflikt, zum Beispiel mit Baurechtmehmern, führen. Ich möchte allerdings betonen, dass die vom Kanton erhobenen Baurechtszinsen immer marktkonform und keineswegs spekulativ angesetzt sind. Und was die Parzelle 2 in Bettingen betrifft, so hoffe ich, dass jetzt ein guter städtebaulicher Kompromiss gefunden werden konnte.

Wie haben Sie in den vergangenen vier Jahren die Zusammenarbeit im Regierungsrat erlebt?

Der Regierungsrat ist ja nicht ein selbstbestimmter Freundeskreis, sondern ein aus fünf Parteien zusammengesetztes Kollegium, das von den Wählerinnen und Wählern damit beauftragt ist, sich optimal für die Interessen der ganzen Bevölkerung einzusetzen. Ich habe die Zusammenarbeit als professionell und kollegial erlebt. Dass es angesichts der parteipolitischen Zusammensetzung des Regierungsrates immer wieder mal auch inhaltliche Differenzen gab und gibt, tut dem grundsätzlich guten Einvernehmen keinen Abbruch.

Interview: Dieter Wüthrich

Veronica Schaller, SP, bisher



Veronica Schaller (*1955), Studium (Germanistik, Geschichte, Philosophie, Geografie), lic. phil. I., politischer Start bei den POCH und in der Frauenbewegung. 1984–1992 Sekretärin des VPÖD, 1988–1992 Präsidentin des Basler Gewerkschaftsbundes, 1988–1992 Mitglied des Grossen Rates (SP), 1992 Wahl zur ersten Basler Regierungsrätin, bis Mai 2000 Vorsteherin des Sanitätsdepartementes, ab 1. Mai 2000 Vorsteherin des Erziehungsdepartementes.

RZ: Frau Schaller, als Gesundheitsdirektorin mussten Sie auch unpopuläre Entscheide fällen, Beispiel Spitalliste und Bettenabbau. Auch als Erziehungsdirektorin werden Sie Entscheide fällen müssen, die nicht allen gefallen werden. Wie attraktiv ist es überhaupt, Regierungsrätin zu sein?

Veronica Schaller: Ich musste im Sanitätsdepartement nicht jeden Tag einen unpopulären Entscheid fällen. Es gab viel mehr «populäre» oder eben willkommene Entscheide. Im Erziehungsdepartement wird das nicht anders sein. Natürlich gibt es immer wieder Situationen, in denen einem der Entscheid schwer fällt, man mit sich selber ringen muss. Das gehört zu diesem Amt. Doch es ist nicht das Entscheiden,

das das Regieren attraktiv macht. Das Attraktive ist, dass man selber einen Prozess gestalten, Verantwortung übernehmen kann, dass man bei wichtigen Themen versucht, im Sinne der Bevölkerung zu handeln.

Per 1. Mai dieses Jahres haben Sie vom Sanitätsdepartement ins Erziehungsdepartement gewechselt. Die Abgabe der Schulen an die Landgemeinden wurde vom Grossen Rat an die Regierung zurückgewiesen. Wie geht es weiter?

Jetzt muss man abklären, welche Teile der Vorlage gut und unbestritten waren und man vielleicht in anderer Form realisieren kann. Hier müssen die Diskussionen mit Riehen nun ansetzen.

Das Geschäft «Abgabe der Schulen an die Landgemeinden» ist also noch nicht vom Tisch. Es könnte sein, dass die Schulen doch noch an die Landschulen übergehen?

So wie die Vorlage es vorgesehen hat, werden die Schulen wohl nicht an die Landgemeinden übergehen. Aber es gibt vielleicht andere Formen.

Zum Beispiel?

Ich kann mir vorstellen, dass im Rahmen zu einem neuen Bildungsgesetz die Rolle der Landgemeinden stärker definiert werden kann als bisher.

Wie denn?

Klar ist, dass die Schulen im ganzen Kanton gemeinsame Bestimmungen – nach meiner Meinung zum Beispiel identische Arbeitsbedingungen – und einen gemeinsamen Bildungsplan haben müssen. Grossen Spielraum sollen die Schulen jedoch bei der Selbstprofilierung haben. In diesem Bereich wird sich viel verändern. Ein Stichwort ist die Teilautonomie der Schulen im ganzen Kanton. Im Rahmen der Teilautonomie werden auch die Schulen in den Landgemeinden einen ersten Schritt machen können.

Die Teilautonomie der Schulen soll also gefördert werden. Erste Schritte in diese Richtung wurden bei den

Gymnasien bereits gemacht. Damit wurde aber auch eine Konkurrenz-situation zwischen den Gymnasien geschaffen. Ist Ähnliches für die anderen Schulen geplant?

Der Wettbewerb bei den Gymnasien hängt mit der neuen eidgenössischen Maturitätsverordnung zusammen. Sie erlaubt es den Gymnasien, eigene Schwerpunkte zu bilden.

Bei den Primar- und Orientierungsschulen ist dies anders. Sie unterstehen alle dem gleichen Lehrplan, eine Schwerpunktbildung nach Fächern ist in diesen Schulen nicht vorgesehen.

Trotzdem müssen gemäss der Grundsatznorm der Verwaltungsführung die Kompetenzen dort liegen, wo die Verantwortung liegt. Also bei den Schulen. Dieser Grundsatz ist heute aber bei weitem nicht erfüllt. Heute ist viel zu viel reguliert und es ist falsch reguliert. Das Schulgesetz von 1929 verunmöglicht jede Eigenprofilierung einer Schule. Ich werde mir in der neuen Legislatur deshalb zum Ziel machen, das alte Schulgesetz durch ein neues Bildungsgesetz zu ersetzen. Und in diesem Bildungsgesetz kann man den Landgemeinden durchaus eine Sonderstellung zukommen lassen.

Vorläufig sind die teilautonomen Schulen noch nicht verwirklicht und die Landschulen sind abhängig vom ED. Riehen wartet seit Jahren auf das neue Schulhaus «Hinter Gärten». Jetzt stockt das Projekt schon wieder. Was darf Riehen von Ihnen erwarten?

Zuerst sind wir an die Gemeinde Riehen gelangt mit den Anliegen, einen finanziellen Beitrag zu leisten, konkret für die Turnhalle oder eine Aula. Beides Räumlichkeiten, die von der Gemeinde genutzt werden könnten. Im Lauf der Diskussionen hat sich aber gezeigt, dass Riehen bisher bei der Planung des Schulhauses viel zu wenig beigezogen worden war. Steht es am richtigen Ort? Ist es in der richtigen Grösse geplant? Das hängt sehr stark ab von der Siedlungsplanung in Riehen. Deshalb sollen nun die Planungen des Kantons und der Gemeinde Riehen bis Ende Jahr übereinandergelegt werden.

In welcher Höhe stellen Sie sich den Investitionsbeitrag vor?

Ob und in welcher Höhe die Gemeinde sich finanziell beteiligen könnte, ist heute noch völlig offen.

Wann darf Riehen damit rechnen, das neue Schulhaus zu beziehen?

Der nächst mögliche Termin ist Frühjahr 2003. Den möchte ich auch realisieren.

Was dürfen die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern von Ihnen als Erziehungsdirektorin erwarten?

Ich will mich für das Basler Schulsystem einsetzen. Das Basler Schulsystem muss eine gute schulische Leistung aller Kinder ermöglichen. Dazu gehören nicht nur die Fähigkeiten Lesen, Rechnen, Schreiben, sondern dazu gehören auch soziale Kompetenzen.

Die Schülerinnen und Schüler müssen aber auch wissen, welche Leistungsanforderungen an sie gestellt werden. Es muss eine Möglichkeit geben, dass man sich selber individuell messen kann, wie gut man etwas gelernt hat.

Das heisst, Sie sind für Noten und mehr Leistung in der Schule?

Nein, Noten sind nicht unbedingt gute Qualitätsvergleiche. Aber Orientierungstests, wie sie jetzt an der OS vorgesehen sind, könnten ein geeignetes Instrument sein.

Diskutiert wird auch die Einführung von Qualitätssicherungssystemen. Lehrpersonen befürchten, dass es damit zu einer Leistungsbeurteilung von ihnen kommt. Und zwar nicht zu einer objektiven, sondern zu einer subjektiven. Der coolste Lehrer würde am besten weggelassen.

Es gibt weltweit erprobte Qualitätssicherungssysteme, bei denen keine solchen Beurteilungen vorgenommen werden. Es geht nicht um die Beurteilung einzelner Lehrpersonen, sondern man muss beurteilen, ob die Institution Schule ihr Ziel erreicht. Dazu muss man natürlich auch sogenannte «weiche Faktoren» prüfen, die beispielsweise beurteilen, wie gerne die Schülerinnen und Schüler diese Schule besuchen. Ich sehe überhaupt nicht ein, dass irgend

jemand Angst vor einer Qualitätsbeurteilung haben müsste. Denn das Ziel aller ist eine gute Schule mit guten Arbeitsbedingungen.

Sie sind Sozialdemokratin. Wo und wie bringen Sie sozialdemokratische Anliegen in die Regierungsarbeit ein?

Die Schule ist in unserer Gesellschaft der einzige Ort, den alle, Männer und Frauen, quer durch alle Schichten, gemeinsam haben. Als Sozialdemokratin und Erziehungsdirektorin will ich ein Staatsverständnis mittragen, wonach staatliche Institutionen eine wichtige Aufgabe bei der Entwicklung der Gesellschaft haben. Es ist die Aufgabe des Staates, mit der Schule unsere Gesellschaft zu erhalten und zu fördern. Wenn wir nichts Gemeinsames mehr haben, fällt unsere Gesellschaft auseinander.

Und dagegen kämpfen Sie an?

Ja. Es gibt sicher Leute, die sich ohne oder nur mit einem minimalen Staat durchschlängeln könnten. Sie hätten genügend Geld, um ihre Kinder in eine Privatschule zu schicken, wären privat gegen Krankheiten versichert, wären nicht auf den öffentlichen Verkehr angewiesen, weil sie mit ihren Autos genügend mobil wären. In ganz vielen Staaten in Zentralamerika funktioniert es genau so. Aber die grosse Menge der Leute ist am anderen Ende der Skala und kann sich eben nicht durchschlängeln.

Ich setze mich für die Emanzipation der Menschen ein. Emanzipation ist nicht nur abhängig vom Willen, sie hängt auch davon ab, ob man die Chance bekommt, sich zu einer Persönlichkeit zu entfalten, die beruflich, privat und sozial zufrieden ist. Emanzipierte Menschen sind auch interessiert an der Politik und tragen damit wiederum unser Gemeinwesen weiter. Wenn wir nur egoistische oder nur «tumble», abgestellte Menschen haben, die, weil sie ständig eines ausgewischt bekommen haben, nur noch an ihre eigene Unzufriedenheit denken können, dann kracht die Gesellschaft auseinander.

Interview: Judith Fischer

RZ-WAHLJOURNAL

Hans Martin Tschudi, DSP, bisher



Hans Martin Tschudi (*1951), Studium der Jurisprudenz in Basel (lic. iur.), diverse Praktika bei der Sandoz, Schweizer Mustermesse, kantonalen Verwaltung, beim Zivilgericht und bei der Advokatur, 1979 Promotion zum Dr. iur., 1980 Studienaufenthalt an der Harvard-Universität, USA, 1981–1994 Departementssekretär des Wirtschafts- und Sozialdepartementes, seit 1994 Regierungsrat (Vorstehender Justizdepartement), verheiratet, Vater eines zehnjährigen Sohnes, wohnhaft in Riehen.

RZ: Herr Tschudi, was sind für Sie die wichtigsten Themen für die kommende Legislaturperiode?

Da wäre einmal die Reform der Gerichtsbarkeit. Im Moment sind wir an der Planung eines Sozialversicherungsgerichtes. Dabei geht es darum, die verschiedenen Schiedskommissionen zusammenzufassen. Dann sind wir an der Revision des Gewerblichen Schiedsgerichtes. Nach Abschluss der Revision der Strafprozessordnung, die seit bald zwei Jahren in Kraft ist, haben wir nun eine neue Zivilprozessordnung in Vernehmlassung gegeben. Danach folgt das neue Anwaltsgesetz. Und so wird Schritt für Schritt das Gerichtswesen modernisiert, nicht zuletzt unter dem Aspekt, dass ein moderner

Wirtschaftsstandort moderne Gerichte und Erlasse braucht.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Jugend- und Familienpolitik. Wir haben den ersten Basler Familienbericht aufgelegt, eine Schweizer Premiere. Die Erkenntnisse aus diesen Untersuchungen wollen wir nun umsetzen – Stichworte Familienverträglichkeitsprüfung, Schaffung einer Kommission für Familienfragen, Tagesbetreuungsplätze, steuerliche Entlastungen. Schliesslich wollen wir im Rahmen der Werkstadt auch 5000 Wohnungen vor allem für Familien bauen.

Ein weiterer Bereich, der für mich als Justizdirektor wichtig ist, sind die grossen Revisionsvorhaben auf kantonaler Ebene, das Personalgesetz, dessen Umsetzung nun ansteht, und die Totalrevision des Pensionskassengesetzes. Dann wäre da die Staatsleitungsreform. Ich dürfte ja die Kantonsverfassung in Revision schicken. Nun wollen wir diesen Prozess unterstützen.

Dann gibt es noch ein paar Themen, die mir ebenfalls am Herzen liegen, und ganz speziell erwähnen möchte ich dabei die Bildung. Unser Schulsystem ist implantiert, aber es geht darum, aus Fehlern zu lernen. Verbessern muss man vor allem die Weiterbildungsschule. Und ebenso wichtig ist die Stärkung der Universität. Unsere Universität befindet sich geografisch gesehen in einer Randlage. Deshalb brauchen wir dringend eine paritätische Uni, eine Uni beider Basel, und wir müssen Kooperationen eingehen wo immer möglich. Wichtig ist auch, dass Basel Fachhochschulstandort bleibt.

Was mir schon lange ein grosses Anliegen ist, ist der Weiterausbau der Verkehrsgunst Basels. Dort, wo die Verkehrsströme durchgehen, ist auch das Leben.

Sie waren eine der treibenden Kräfte für die Ausarbeitung einer neuen Kantonsverfassung. Nun ist der Verfassungsrat an der Arbeit. Welche entscheidenden Neuerungen erwarten Sie von einer revidierten Kantonsverfassung und was kann eine Kantonsverfassungsreform eben nicht leisten?

Urs Müller, BastA!



Urs Müller (*1950), Lehre als Lebensmittelverkäufer, Migros-Filialleiter. Ausbildung zum Sozialarbeiter. Stellen beim Sozialdienst Birsfelden, bei der Sozialberatung in Reinach und ab 1985 bei der Jugendfürsorge Basel, seit 1993 als deren Leiter. Kopräsident des Vereins Matthäus – Unser Platz, Mitglied der Gesellschaft zum Bären, langjähriger Gewerkschaftsaktivist beim VPOD.

RZ: Herr Müller, Sie sagen, dass es in Basel soziale Ungerechtigkeiten gibt. Was ist ungerecht und was wollen Sie ändern?

Urs Müller: In den vergangenen zehn Jahren ist die Schere zwischen Reich und Arm grösser geworden. Das sieht man vor allem im Zusammenhang mit Kindern. Kinder werden potenziell zu einem Armutsrisiko. Die Gruppe von Menschen, die Kinderbetreuung zu leisten hat, bezieht überdurchschnittlich viel der Fürsorgegelder. Die niedrigen Löhne reichen nicht aus, um eine Kinderbetreuung zu organisieren und um Lebenshaltungskosten wie Miete oder Krankenkasse zu finanzieren. Für mich sind dabei nicht die Fürsorgekosten das Problem, sondern ich sehe, dass in der Entwicklung in den letzten zehn Jahren irgend etwas nicht stimmt.

Für die Leute, von denen ich spre-

chen, geht darum, die Grundwerte und Ziele unseres Staates neu zu hinterfragen und zu definieren. Generell soll die Verfassungsreform zu einer Stärkung von Staat und Politik beitragen und das Bewusstsein für die Bedeutung des Gemeinsamen neu schärfen. Ich bin überzeugt, dass es auch heute noch für ein friedvolles Zusammenleben einen starken Staat braucht.

Was wir erwarten? Da wäre einmal für Riehen und Bettingen die verfahrensrechtliche Absicherung der Gemeindeautonomie, die heute fehlt. Als Gegenstück gehört zur Gemeindeautonomie auch eine Finanzautonomie. Ein zweiter Punkt ist die Staatsleitung, also das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament. Hier geht es um die Einführung neuer Elemente wie Globalbudgets, New Public Management.

Wichtig ist für mich, dass der Kanton regierbar bleibt. Dazu darf die Gewaltentrennung nicht aus den Angeln gehoben werden. Und die Volksrechte dürfen nicht ausgehöhlt werden.

Ein nächster Punkt betrifft die Interessen der Region. Als verantwortlicher Regiominister bin ich überzeugt, dass auch die Interessen und Meinungen unseres Umfeldes einfließen sollten. Man kann sich zum Beispiel die Frage stellen, ob nicht ein Vertreter aus dem südbadischen Raum und einer aus dem Elsass in einer gewissen Form im Basel-Städter Kantonsparlament mitwirken könnten, etwa als ständige Beobachter.

Nächstes Thema ist der Finanzhaushalt. Wir müssen in der Verfassung Mechanismen zum Haushaltsausgleich einbauen, wie das zum Beispiel der Kanton St. Gallen getan hat, die keine Defizitwirtschaft mehr erlauben.

Auch über Fragen der Migration und Integration steht in der heutigen Verfassung nichts. Ich denke, Grundprinzipien dieser Politik müssen demokratisch abgestützt sein. Eine weitere Frage ist, ob auf kommunaler Ebene ein Ausländerstimmrecht eingeführt werden soll, wie es dies im Jura und in Neuenburg schon gibt.

Dann kommt die Frage der Organisation des Staatswesens. Eine Riehener Forderung wäre da die Schaffung einer Einwohnergemeinde Basel. Diskussio-

nen, sind Skiferien und weite Reisen kein Thema. Es stimmt, dass der gesamtgesellschaftliche Level angestiegen ist. Auf Familien mit niedrigem Einkommen erhöht sich damit der Druck, weil sie daran nicht teilnehmen können.

Sie sagen also, alle Leute sollten sich immer mehr leisten können?

Wenn wir eine Entwicklung in diese Richtung haben, sollten alle davon profitieren können.

Und zwar auf dem Weg, dass auch diejenigen Leute, von denen sie jetzt gesprochen haben, genügend Geld zur Verfügung haben?

Ja.

Wie viele Leute sind von dieser Armut, von der Sie jetzt gesprochen haben, betroffen?

Rund 10 Prozent der Bevölkerung sind direkt oder indirekt fürsorgeabhängig. Weitere 10 Prozent beziehen Ergänzungsleistungen, leben am unteren Ende des Existenzminimums, verzichten freiwillig. Also, ein Fünftel bis ein Viertel der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt lebt in dieser Situation.

Als Regierungsrat hätten Sie auch die Interessen der Landgemeinden zu vertreten. Was sagen Sie zur Schlüsselinitiative?

Ich bin für einen annähernden Ausgleich der Steuern. Gewisse Abweichungen könnte ich mir vorstellen, doch grundsätzlich müsste die Steuerbelastung in der Stadt und in den Landgemeinden dieselbe sein.

Gefährlich finde ich aber die Forderung nach einer generellen Steuersenkung in der Stadt, weil dann vieles – z.B. im Bildungsbereich – wieder in Frage gestellt wäre. Dies würde wiederum auch die Landgemeinden treffen. Deshalb tendiere ich dazu, die Steuern in den Landgemeinden zu erhöhen, auch wenn dies die unangenehmere Aufgabe ist, als Steuern zu senken.

Der amtierende Regierungsrat und die Landgemeinden weisen nun aber gerade darauf hin, dass sich eine Steuererhöhung als Bumerang erweisen würde. Gute Steuerzahler

wären weiter die Mitgliederzahl des Grossen Rates, die Grösse des Regierungsrates und damit die Zahl der Departemente. Meine Vision wäre allerdings die Schaffung eines Kantons Nordwestschweiz und dann würde die Stadt Basel sowieso eigene Stadtbehörden erhalten.

Wo besteht in Sachen Sucht- und Drogenpolitik Ihrer Meinung nach Handlungsbedarf?

Man sollte vermehrt noch den Ausstieg fördern, den Entzug vorbereiten. Der Schritt vom Gassenzimmer, der Suchthilfe, zum Entzug ist ganz schwierig. Permanent im Auge behalten muss man die Auswirkung der Drogenszene auf den öffentlichen Raum. Der öffentliche Raum darf nicht mehr tangiert sein.

Besonders am Herzen liegt mir die Prävention. Diese will ich noch mehr ausbauen, weil man hier am Anfang der unheilvollen Kette eingreift. Und hier braucht es einen gesamtheitlichen Ansatz. Man muss eine gute Jugend- und Familienpolitik machen. Es braucht ein dichtes Netz von Angeboten und Hilfestellungen für Jugendliche und Familien.

Auf nationaler Ebene haben wir das grosse Projekt «Gemeinsam gegen Gewalt» lanciert. Im Rahmen der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren führen wir ein Institut in Neuenburg, die Schweizerische Koordinationsstelle für Verbrechensprävention, der ich seit ein paar Jahren als Präsident vorstehe. Für die ganze Präventionsarbeit müsste ich mehr Geld haben. Da könnte man noch viel mehr machen.

In Bewegung ist seit einigen Jahren die Gesundheitspolitik – Stichworte Spitalliste, Krankenkassenprämien, Kinderspital. Was würden Sie tun, um die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen?

Das ist natürlich ein nationales Thema. Wir dürfen zur Kenntnis nehmen, dass die Kosten im Spitalbereich stabilisiert, um nicht zu sagen gesenkt, worden sind. Man konnte im Kanton die Bettenzahl herunterfahren und damit die Kosten senken. Was mich in

würden den Kanton verlassen, womit unter dem Strich weniger Geld vorhanden wäre.

Ich glaube nicht, dass die Steuerbelastung einen solch grossen Einfluss auf die Wahl des Wohnortes hat. Viel wichtiger ist, dass es den Menschen in ihrer Umgebung wohl ist. Wenn es uns gelingt, dass es den Leuten in den Bereichen Wohnen, Bildung, Verkehr, Gesundheit wohl ist, dann sind sie auch bereit, dafür die notwendigen Steuern zu zahlen.

Im Zusammenhang mit der Teuerschlüsselinitiative war die Übertragung der Schulen an die Landgemeinden diskutiert worden. Was war Ihre Meinung?

Wir sollten in unserem kleinen Kanton die Schulen nicht an die Landgemeinden abgeben. Ich war schon gegen die Abgabe der Kindergärten. Ich finde die Zusammenarbeit bei Schule und Kindergarten zentral. Ich unterstütze allerdings Bestrebungen, die den Landgemeinden, aber auch den Quartieren mehr Autonomie geben in Fragen der örtlichen Gestaltung, Wohnentwicklung, Quartierentwicklung oder Spielplätzen. In Fragen also, in denen es um den unmittelbaren Lebensraum geht.

Wie ist Ihr Verhältnis zu den Landgemeinden?

Für mich sind die Landgemeinden zwei selbständige Gemeinden, die eine eigenständige Entwicklung gemacht haben. Als Kind war es für mich etwas Besonderes, nach Riehen oder Bettingen zu reisen. Ich habe Riehen dann später über die Kultur und den Sport kennen gelernt und habe jetzt zuletzt über meine Kinder, die das Gymnasium Bäumlihof besuchen, gemerkt, dass man in Riehen Fragen zum Teil anders angeht als in der Stadt. Bettingen kenne ich zugegebenermassen kaum.

Was macht man in Riehen anders?

Ich habe den Eindruck, dass man in Riehen mehr Wert auf die Dorfidentität und die bauliche Entwicklung legt. Man achtet auf das visuelle Erscheinungsbild, wählt nicht einfach die billigste Lösung. Ich erlebe Riehen sowohl als Dorf als auch als Stadt. Einen ähnlichen

hohem Mass bewegt, ist, dass die Krankenkassenprämien immer noch davonlaufen, trotz KVG und kantonalen Massnahmen. Dann haben wir die unheilvollen regionalen Unterschiede, unter denen wir als Stadtkanton mit hohen Risiken immer stärker zu leiden haben. Es ist noch immer kein regionaler Ausgleich möglich. Da müsste dringend eine gesetzliche Harmonisierung stattfinden.

Genau dasselbe Problem existiert bei den Zentrumsleistungen. Wieso haben wir in Basel zum Beispiel mehr Sozialhilfeempfänger als Baselland, Aargau oder Jura? Weil sich in der Kernstadt Basel viele dieser Leute viel wohler fühlen, viel anonym. Dieser soziale Sog besteht in Basel, Zürich, Bern, Genf überall zu gleichen Teilen. Deshalb haben wir in den Kernstädten auch höhere Leistungen zu erbringen.

Wie sehen Sie die Zukunft des Kantons als Wirtschaftsstandort?

Basel als Wirtschaftsstandort steht und fällt mit der Qualität der Rahmenbedingungen, die wir der regionalen Wirtschaft bieten können. Wir müssen dafür sorgen, dass gerade auch hoch qualifizierte Spezialisten gerne nach Basel kommen. Wir müssen deshalb konsequent in den Wirtschaftsstandort investieren. Dazu gehören für mich ein modernes Bildungssystem, ein attraktives Wohnumfeld, konkurrenzfähige Steuern und gute Freizeitmöglichkeiten.

Wie sehen Sie die Kulturpolitik?

Wir haben die erfreuliche Situation, dass wir viele private Mäzene haben, die gerade auf dem Kultursektor viel investieren. Und trotzdem gibt es keinen Kanton, der pro Kopf so viel Geld ausgibt für kulturelle Leistungen. Dieses reiche kulturelle Leben ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Kernleistungen können wir nur dann langfristig erbringen, wenn sich die regionalen Partner in der Nordwestschweiz und vielleicht sogar in Deutschland und Frankreich vermehrt an den Kosten beteiligen.

Interview: Rolf Spriessler

Geist erlebe ich in Kleinhüningen, wo man auch sehr auf die Identität achtet. Die Identität hilft natürlich mit, das soziale Gefüge zu erhalten.

Sie wollen Regierungsrat werden. Was für einen Leistungsausweis können Sie vorlegen?

Als Leiter der Jugendfürsorge habe ich einen vertieften Einblick in die Verwaltungstätigkeit, weil ich mit drei verschiedenen Departementen zusammenarbeiten muss. Ich weiss deshalb, was es braucht, um Geschäfte auf die Schiene zu bringen. Ich habe mich für die Umsetzung der Schulreform eingesetzt, bin Mitglied der Schulinspektion, kenne mich aus in der Volksbildung. Diese Erfahrungen machen die Tatsache, dass ich nicht im Grossen Rat bin, bei weitem wett.

Erfahrungen habe ich auch in der Personalführung. Ich war früher Migros-Filialleiter und habe Filialen mit bis zu 50 Angestellten geleitet. Dazu bin ich stresserprobt. Ich habe als Schiedsrichter über 500 Handballspiele gepfiffen. In dieser Funktion wird man immer wieder angezweifelt. Dabei lernt man, mit Kritik umzugehen, ohne dass man gleich hektisch reagiert.

Wie unterscheiden Sie sich von Ihrer Mitkandidatin Martina Bernasconi (Frauenliste) und Ihrem Mitkandidaten Jürg Stöcklin (Grüne)?

Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage für feministische wie auch ökologische Anliegen. Von den dreien bin ich derjenige, der für das soziale Gewissen steht.

Ihrer Ansicht nach müssten Sie also zuerst die Grundlagen schaffen, erst dann könnten die anderen kommen?

Es braucht natürlich alle drei Komponenten. Aber klar ist, dass soziale Zufriedenheit die Voraussetzung dafür ist, im Lokalen die globalen Fragen anzugehen.

Wie schätzen Sie Ihre Chancen ein, gewählt zu werden?

Es wäre eine tolle Überraschung, wenn ich gewählt würde.

Interview: Judith Fischer

RZ-WahlJournal

Jürg Stöcklin, Grüne Partei



Jürg Stöcklin (*1951), Studium und Diplom in Biologie in Basel, 1981–86 Dissertation in Botanik in Basel, 1981–84 Biologielehrer am MNG, 1987–88 Assistent am Botanischen Institut, seit 1988 Lehrbeauftragter in Botanik für vergleichende Morphologie, 1998 Habilitation in Botanik in Basel, zahlreiche Forschungsprojekte im In- und Ausland und zahlreiche Fachpublikationen. 1992–94 Vorstandsmitglied Grüne Partei der Schweiz, 1994–96 Präsident Grüne Partei Basel-Stadt, seit 1997 Mitglied Grosser Rat. Verheiratet, zwei Töchter.

RZ: Herr Stöcklin, zu den Gesamt-erneuerungswahlen treten alle bisherigen Regierungsmitglieder wieder an. Sie kandidieren für den Regierungsrat. Was macht die gegenwärtige Regierung falsch?

Jürg Stöcklin: Die jetzige Konstellation ist dadurch charakterisiert, dass drei Sozialdemokraten auf der einen Seite, drei Bürgerliche auf der anderen Seite und der DSP-Vertreter quasi als Zünglein an der Waage drin sind. In dieser Regierung gibt es keine eindeutige Mehrheit und es fehlt eine klare grüne Stimme.

Sie sind Biologe, Forscher, als Politiker in einem Exekutivamt haben Sie keine Erfahrung. Welche Eigenschaft

ten befähigen Sie in besonderem Masse für dieses Regierungsamt?

Als Naturwissenschaftler lernt man kritisch zu denken, verschiedene Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen, man ist vielleicht besonders kritisch gegenüber vorgefassten Meinungen und Ideologien. Das sind Eigenschaften, die einem in der Politik durchaus Nutzen bringen. Ich bin nun seit vier Jahren im Grossen Rat und habe in mehreren Kommissionen mitgearbeitet – in der Energiekommission, in der PuMa-Kommission, in der Reformkommission, die ich seit diesem Frühling präsidiere. Ich meine, dass ich durch meine berufliche Tätigkeit durchaus Erfahrungen gemacht habe und Fähigkeiten entwickeln konnte, die in einem Regierungsamt nützlich sind.

Welche politischen Themen stehen für Sie ganz oben auf der Liste?

Ich vertrete ein grün-alternatives Spektrum. Von daher sind mir Fragen, die die Umwelt sowie Lebensqualität und Lebensgefühl betreffen, besonders wichtig. In der nächsten Legislatur wird man die Folgen der Sparpolitik der vergangenen paar Jahre korrigieren müssen.

Welche Bereiche meinen Sie da konkret?

In erster Linie die Bildungspolitik. Die Schulreform ist im Grossen und Ganzen auf gutem Weg. Dass sie in eine Zeit des Sparens gefallen ist, ist aber eine Hypothek, die sich bemerkbar macht. Ich bin dezidiert der Meinung, dass das Basler Schulsystem jetzt keine neue Strukturdebatte braucht. Man hat die Schulreform beschlossen und ich glaube, man hat im Wesentlichen einen richtigen Entscheid gefällt, indem man die Frühselektion hinausgeschoben hat. Schulpolitik heisst in Basel zunehmend auch Integration der ausländischen Bevölkerung. Es braucht zum Beispiel mehr Förderstunden, um zu garantieren, dass die fremdsprachigen Jugendlichen dem Unterricht folgen können. Das ist auch für unsere deutschsprachigen Kinder wichtig.

Das Zweite wäre die Umsetzung des Werkstadt-Prozesses. Mit der Abstimmung über die Wohnumfeldaufwertung

hat die Bevölkerung klar zum Ausdruck gebracht, dass sie hinter diesem Prozess steht. Es geht um die Fortsetzung der Bürgerbeteiligung. Ich bin der Meinung, dass diese Bürgerbeteiligung in irgendeiner Form institutionalisiert werden sollte. Ich könnte mir zum Beispiel einen Quartierdelegiertenrat vorstellen. Das könnte auch ein Modell sein für den politischen Einbezug der ausländischen Bevölkerung und der Jugendlichen. Ich bin selbstverständlich dafür, dass die Ausländer das Stimm- und Wahlrecht bekommen sollen, aber ich meine, dass das Zeit braucht und nicht von einem Tag auf den anderen umgesetzt werden kann. Ich könnte mir vorstellen, dass man Vertretern der ausländischen Bevölkerung ein Antragsrecht gibt im Grossen Rat als Zwischenschritt.

Es wird eine der wichtigen Aufgaben der Regierung sein zu garantieren, dass eine fortschrittliche Energiepolitik auch in Zukunft möglich bleibt. Für mich bedeutet das, dass man die IWB nicht einfach privatisieren kann. Die Verteilnetze der IWB sind natürliche Monopole und stellen grosse Werte dar, die man nicht einfach verschernbeln kann.

Was entgegnen Sie denen, die sagen, sie hätten Angst vor einer Überfremdung?

Die Angst vor Überfremdung ist erstaunlicherweise dort am grössten, wo die Leute am wenigsten Kontakt mit Ausländern haben. Es ist häufig eine Angst, die motiviert ist durch die Vorstellung, die eigenen Kinder könnten zu wenig gefördert werden, wenn viele Ausländerkinder in der Schule sind. Fremdes kann Ängste auslösen. Mit diesen muss man umgehen. Ich würde denjenigen Leuten, die Angst vor Überfremdung haben, sagen, sie sollen den Kontakt suchen, sie sollen diese Menschen kennen lernen,

Was sind für Sie Hauptpunkte bezüglich öffentlichem und privatem Verkehr?

Es findet im Moment eine heftige Kontroverse um den Verkehrsplan statt. Ich glaube, dass der Verkehrsplan in seiner prinzipiellen Stossrichtung sehr gut ist. Allerdings haben wir bei den Massnahmen den Eindruck, bezüglich Förderung des Veloverkehrs und bezüglich Fussgängerfreundlichkeit sei er zu we-

nig konkret und erstaunlicherweise immer wieder sehr autolastig. Es gibt keine Verbindungswelowege in dieser Stadt.

Die Reduktion des Pendlerverkehrs wäre mir auch ein Anliegen. Man sollte öffentliche Parkplätze für Carsharing zur Verfügung stellen, um diese Form von Mobilität zu fördern, die die Zahl der umherstehenden Autos reduziert.

Im Verkehrsplan fehlen der Güterverkehr und der Luftverkehr. Der Flugverkehr wird – zu meinem Leidwesen – immer wichtiger, obwohl er sehr umweltschädlich ist. Wichtig wäre da die Besteuerung auch des Kerosins.

Sie sind Mitglied der Grünen Partei. Mit Ihrer Parteiwahl demonstrieren Sie, dass Ihnen Natur wichtig ist. Wie müsste in Ihren Augen eine kantonale Umweltpolitik aussehen?

Basel ist ein Stadtkanton. Deshalb hat hier die Natur einen anderen Stellenwert als zum Beispiel im Kanton Baselland. Früher ging man von der Vorstellung aus, dass Stadt und Natur Gegensätze seien. Heute hat man viel mehr Verständnis dafür, dass die Natur innerhalb der Stadt einen wichtigen Stellenwert hat, und zwar nicht nur für Pflanzen und Tiere, sondern auch für das Wohlbefinden des Menschen.

In engem Zusammenhang mit Umweltschutz steht die Energiepolitik. Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Trotz der sehr fortschrittlichen Energiepolitik des Kantons ist es so, dass die energiepolitischen Ziele wie Reduktion des Stromverbrauches und des Energieverbrauches generell nicht erreicht werden – der Verbrauch bleibt im besten Fall konstant. Es ist damit zu rechnen, dass der Energieverbrauch mit der steigenden Konjunktur wieder nach oben geht. Wir wissen ja, dass die technologischen Möglichkeiten da sind, bei gleichbleibendem Wohlstand den Energieverbrauch sehr stark zu senken. Ich glaube nicht, dass es auf Gesetzesebene noch Handlungsbedarf gibt, aber die bestehenden Grundlagen müssen umgesetzt werden.

Da kommt für mich als Grüner ein weiterer Aspekt ins Spiel, nämlich das globale Denken. Der Norden und Basel als Stadt in einem industrialisierten Land in Europa hat einen Energiever-

Thomas Bucheli, SVP



Thomas Bucheli (*1964), Studium der Nationalökonomie, Dissertation, 4 Jahre Assistent am WWZ der Uni Basel, militärische Ausbildung zum Hauptmann, 5 Jahre Krisenmanagement und Verhandlungen auf politischer Ebene in verschiedenen Kriegsgebieten, Internationale Wahlbeobachtungsmission in der Ukraine, in Moldawien und Armenien, kurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Generalstab.

RZ: Herr Bucheli: Motto der SVP ist «Freiheit, Sicherheit, Verantwortung». Wie definieren Sie diese Begriffe?

Thomas Bucheli: Freiheit ist für mich die Wahlfreiheit, die das einzelne Individuum dieser Gesellschaft hat. Sicherheit bedeutet für mich, dass man in dieser Gesellschaft leben kann, ohne dass die ganz zentralen Werte wie Ausbildung, Nahrung, Unterkunft bedroht sind. Freiheit und Sicherheit sind natürlich nicht absolut. Denn, die absolute Freiheit schliesst die Sicherheit aus und bei absoluter Freiheit wäre keine Sicherheit möglich. Deshalb brauchen wir auch die Verantwortung. Es braucht die Verantwortung des Einzelnen für sich selber und es braucht die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Ge-

sellschaft, damit sich Freiheit und Sicherheit die Balance halten.

Betrachten wir den Istzustand im Kanton Basel-Stadt. Wo liegt Ihrer Ansicht nach das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit?

Das Gleichgewicht ist nicht gegeben. Wir haben zu wenig Sicherheit, aber auch zu wenig Verantwortungsbewusstsein. Ich möchte mich dafür einsetzen, dieses Gleichgewicht herzustellen.

Die SVP führt immer wieder die zunehmende Verbrechenrate an. Können Sie diese Zunahme belegen?

Die Mordrate hat sich in Basel-Stadt in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Das tönt erschreckend. Allerdings, gibt es auch andere Zahlen. Gemäss der Anzeigenstatistik der Kantonspolizei wurden 1999 zwei Personen bei einem Verbrechen getötet.

Zugegeben, die Anzahl der tatsächlichen Tötungsdelikte ist nicht sehr hoch. Aber die Anzahl der versuchten Tötungsdelikte hat gemäss Statistischem Jahrbuch von 1990 bis 1998 von 10 auf 23 pro Jahr zugenommen.

Trotzdem, es bleibt dabei, die Polizeistatistik führt für 1999 zwei vollendete Tötungsdelikte auf...

...Ja, das stimmt. Aber daneben haben wir auch Körperverletzungen, Raub oder Erpressung. Die Körperverletzungen haben von 1990 bis 1998 von 210 auf 345 pro Jahr zugenommen, die Raubfälle im gleichen Zeitraum von 122 auf 195 und die Erpressungsfälle von 6 auf 25.

Und aufgrund dieser Zahlen schliessen Sie, dass die Sicherheit nicht gewährt ist?

Diese Zahlen sind ein Aspekt. Der andere Aspekt sind die persönlichen Kontakte, die ich mit Leuten, die im Kleinbasel wohnen, habe. Und diese Leute bestätigen mir eindeutig den Trend, dass die Sicherheit abnimmt. Zusätzlich kommt dazu: Ich sehe einen abnehmenden Respekt gegenüber Eigentum von anderen.

Wie möchten Sie Verbesserungen erzielen?

Das Polizeikorps ist in einer Krise. Wenn ich für das Polizei- und Militärdepartement zuständig wäre, würde ich starkes Gewicht darauf legen, die Stimmung im Korps zu verbessern. Ich würde dafür sorgen, dass die Leute gute Arbeitsbedingungen haben, motiviert arbeiten können und dass sie bei der Arbeit von oben her genügend geschützt sind.

Sie orten das Problem der abnehmenden Sicherheit also bei den Polizisten. Hätten diese gute Arbeitsbedingungen und genügend Rückhalt, wäre es besser?

Ja. Das ist ein Teil der Problematik. Ein anderer Teil ist die Tatsache, dass zwei Drittel der Straftäter Ausländer sind. Damit ergibt sich, dass man, will man die Kriminalität bekämpfen, hier konsequent vorgehen muss.

Konsequent vorgehen gegen Ausländer?

Ich bin nicht gegen Ausländer, aber wenn das Verhältnis von Ausländern zu Schweizern bei den Straffälligen 2:1 ist, muss man auf diese Gruppe von Ausländern ein besonderes Augenmerk legen. Das hat aber nichts mit der Wertschätzung von Ausländern zu tun. Auch Schweizer, die kriminell werden, muss man hart anpacken.

Blieben wir beim Thema Ausländer: Die SVP wendet sich gegen das Integrationsleitbild der Regierung, dessen oberstes Ziel das Wohlergehen der gesamten Bevölkerung ist. Was ist an diesem Ziel falsch?

Den Punkt, dass es der gesamten Bevölkerung gut gehen soll, kann ich unterschreiben. Aber im Integrationsleitbild sind Grundwerte enthalten, die ich nicht akzeptiere. Ich bin dagegen, dass die Rechte und Pflichten für Schweizer und Ausländer absolut gleich verteilt sein sollen. Das Integrationsleitbild befürwortet zum Beispiel den Unterricht in der Herkunftssprache der Migranten. Für mich ist das Unterrichten in der Herkunftssprache genau das Gegenteil von Integration. Für mich ist das Separation.

Der Unterricht in der Herkunftssprache ist ja nicht das Endziel. Fachleute sagen, dass über diesen Weg das Deutschlernen sehr viel einfacher sei.

Ich halte diesen Weg nicht für sinnvoll. Vielmehr müssten die Leute verpflichtet werden, so schnell wie möglich deutsch zu lernen.

Das Leitbild postuliert, dass Integration ein gesamtgesellschaftlicher Prozess sei. Betont wird, dass er nur gelingen kann, wenn die einheimische und ausländische Wohnbevölkerung sich daran beteiligt. Sie sind damit nicht einverstanden?

Ich bin der Meinung, dass mit Integration die Integration von Neuankommenden in die bisherige Struktur bedeutet. Integration heisst nicht, dass wir uns etwas Neuem anpassen müssen. Natürlich findet im Verlaufe einer Integration immer ein Austausch statt. Aber das ist nicht etwas, das staatlich geregelt sein muss. Geregelt werden muss sein, dass Neuankommende reibungslos in eine bestehende Struktur integriert werden müssen. Fundamental falsch am Leitbild ist, dass beide aufeinander zugehen müssen.

Was ist daran falsch, wenn beide aufeinander zugehen?

Ich will nicht über Kulturen urteilen. Aber ich habe selbst die Erfahrung gemacht, dass es in anderen Kulturen Aspekte gibt, die bei uns überhaupt keinen Platz haben. Ich habe in Ländern gearbeitet, in denen Blutrache galt. Nun kommen Leute aus solchen Ländern zu uns. Da wäre es doch sehr undifferenziert, wenn man als Ziel eine kulturelle Verschmelzung anstreben würde.

Sie führen ein sehr extremes Beispiel an. Das Leitbild hat aber das Wohl aller zum Ziel. Damit schliesst sich die Blutrache doch wohl aus.

Das Beispiel mag extrem sein. Aber wo ist die Grenze? Ich meine, dass wir uns nicht nach der fremden, sondern nach unserer Kultur richten müssen.

Als Regierungsrat müssten Sie auch die Landgemeinden vertreten. Die Landgemeinden fühlen sich vom Kanton häufig majorisiert. Können

brauch, der in keinem Verhältnis steht zu dem, was in Drittweltländern an Energie verbraucht wird. Wir haben eine Verantwortung, unseren Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken.

Als Regierungsmitglied wären Sie auch für das Wohl von Riehen und Bettingen zuständig. Wie sehen sie die heutige und zukünftige Stellung der Landgemeinden im Kanton?

Da fallen mir zwei Dinge ein. Erstens sind die beiden Landgemeinden sicher privilegierte, angenehme Orte zum Leben und deshalb haben sie für unseren Kanton ja auch einen hohen Stellenwert. Zweitens führt die bestehende Konstruktion des Kantons Basel-Stadt mit dem Grossen Rat als Parlament für Kanton und Stadtgemeinde immer wieder dazu, dass besondere Belange von Riehen und Bettingen sozusagen vergessen gehen. Ich finde es gut, dass Gemeindeautonomie in Basel ein Thema geworden ist und dass sich der Verfassungsrat damit wird auseinander setzen müssen, inwiefern sich das strukturell niederschlagen soll.

Dass die Steuern in Riehen deutlich tiefer sind als in der Stadt, ist für den Kanton ein Problem, weil wohl kein grosser Spielraum für Steuersenkungen besteht. Da wird man einen Ausgleich finden müssen.

Wie würden Sie sich Ihren potentiellen Wählerinnen und Wählern als Person in kurzen Zügen vorstellen?

Als Mitglied der Grünen Partei vertrete ich nicht die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, sondern gehe von übergeordneten Interessen wie Natur, Umwelt, kommende Generationen aus. Mein politisches Engagement ist deshalb von einem gewissen Idealismus geprägt – ich mache seit meiner Jugend Politik, war in der Friedensbewegung aktiv, in der Anti-AKW-Bewegung. Gleichzeitig glaube ich, dass ich ein pragmatischer Politiker bin, der versucht, Visionen mit dem konkret Möglichen zu verbinden. Ich denke, mich zeichnet eine gewisse Hartnäckigkeit aus im Erreichen von Zielen, die meinen Überzeugungen entsprechen.

Interview: Rolf Spriessler

Sie dies nachvollziehen?

Meiner Meinung nach wird in Basel-Stadt oft relativ grosszügig Geld verteilt. Ich kann daher das Gefühl der Landgemeinden nachvollziehen, es werde Geld verbraucht, ohne dass sie davon profitieren könnten. Aber im Grossen und Ganzen ist es wohl eher ein subjektives Unbehagen seitens der Landgemeinden. Ich glaube, dass man dieses Problem relativ einfach angehen kann.

Sie wollen Regierungsrat werden. Was befähigt Sie dazu?

Ich kann eine breite internationale politische Erfahrung vorweisen und bin weltoffen. Ich habe mich in Krisengebieten in sehr schweren Situationen bewährt. Ich habe Führungsqualitäten und administrative Fähigkeiten bewiesen. Dies sind alles Dinge, die wichtig sind für ein Regierungsratsamt.

Sie haben allerdings keine Parlamentserfahrung.

Das stimmt. Doch Parlamentserfahrung erachte ich nicht als Vorbedingung für das Regierungsamt.

Es gibt Stimmen, die zwischen dem Aufkommen der SVP und dem Rechtsextremismus einen Zusammenhang sehen. Was sagen Sie dazu?

Extreme Gruppierungen, ob links, rechts oder undefiniert, die die Grundwerte unseres Staates nicht einhalten, sind nicht akzeptabel. Extremismus macht mir als Ganzes Sorgen. Seit der Fichenaffäre hat der Staat übrigens keine Instrumente mehr, um Extremismus frühzeitig zu erkennen.

Die SVP steht politisch rechts. Damit wird sie offensichtlich mit rechtsextremen Gruppen in Verbindung gebracht. Wie ein jüngstes Beispiel aus Uri zeigt, gibt es sogar Leute, die die Schnittstelle von SVP und Rechtsextremismus darstellen. In solchen Fällen muss und wird sich die Partei aber abgrenzen und Rechtsextreme ausschliessen. Ich grenze mich ganz klar gegen den Rechts-extremismus ab. Ich habe im Ausland für fremde Leute mein Leben aufs Spiel gesetzt. Es wäre absurd, mich in eine rechtsextreme Ecke zu stellen.

Interview: Judith Fischer

Die Parteien zu den Wahlen

LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI (LDP)

Sinnvolle Verkehrsberuhigung im Dorfkern

Auf der Suche nach billigen Parkplätzen kreisen im Riehener Dorfkern ständig Autos rund um die Geschäfte. Die Kundinnen und Kunden werden hiermit verärgert und die Geschäfte beklagen Umsatzeinbussen, weil der Dorfkern als Einkaufsmeile nicht besonders attraktiv ist. Zudem belegen Pendler aus dem Umland die wenigen freien Parkplätze sowohl im Dorfkern wie auch in den zahlreichen Nebenstrassen. Im Rahmen eines Projektierungs- und Planungswettbewerbs der Gemeinde Riehen sollen nun verschiedene Möglichkeiten zur Beruhigung des Dorfkerns begutachtet und geprüft werden.

Die Beruhigung des Dorfkerns soll nach Meinung der Liberalen sowohl für die Kundinnen und Kunden als auch für die ansässigen Firmen befriedigend ausfallen. Deshalb darf der Parkplatz auf dem Gemeindeplatz auf keinen Fall

aufgehoben werden. Um einen attraktiven Dorfkern zu schaffen, braucht es vielmehr eine Erweiterung Richtung Singeisenhof. Und dies ist nur möglich, indem die Rössligasse ab Einfahrt Coop-Parking bis zur Einmündung Wendelinsgasse für den Verkehr gesperrt wird. Durch diese Massnahme wäre endlich ein homogener Dorfkern als reizvolle Einkaufs- und Flaniermeile erreicht. Parkmöglichkeiten für die Kundinnen und Kunden bestehen dann auf beiden Seiten – sowohl auf dem Gemeindeplatz als auch im Parking des Stagrimusbaus. Damit diese Dorfkernerweiterung auch für die ansässigen Geschäfte interessant ist, braucht es zudem für die künftige Fussgängerzone «Rössligasse» fixe Anlieferzeiten für das Gewerbe.

Thomas Strahm,
LDP Riehen/Bettingen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI (CVP)

Achtung Steuerinitiative!

Gemäss einer Untersuchung der Universität Basel gehören die steuer-günstigen Landgemeinden Riehen und Bettingen zu einer der zehn Stärken von Basel. Der Stadtkanton kann mit seinen beiden Landgemeinden gute Steuerzahler halten und anziehen, was letztlich auch der Stadt zugute kommt.

Es ist eine Tatsache, dass das Steuerniveau zu einem wesentlichen Teil von der Zusammensetzung der Steuerzahler abhängt; zahlreiche einkommensstarke und vermögende Steuerpflichtige ermöglichen es, das Steuerniveau tief zu halten.

Die Initiative zur Reduktion der Steuerunterschiede im Kanton Basel-Stadt verlangt nun aber, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Landgemeinden im Durchschnitt maximal nur noch 5 Prozent weniger Steuern bezahlen sollen als die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Basel. Aktuell beträgt die durchschnittliche Minderbelastung eines Steuerzahlers von Riehen etwa 18 Prozent. Ein Städter bezahlt also Steuern von zum Beispiel 10'000 Franken und ein Riehener solche von 8200 Franken (Fr. 5000.– nach Basel und Fr. 3200.– nach Riehen).

In der Realität ist es natürlich so, dass bei höheren Einkommen die Diffe-

renz zur Stadt weniger als 18 Prozent ausmacht, währenddem bei geringeren Einkommen die Differenz zur Stadt wesentlich mehr als 18 Prozent beträgt. Leute mit einem hohen Einkommen bezahlen also relativ mehr als solche mit einem geringen Einkommen. Eine Annahme der Initiative zur Reduktion der Steuerunterschiede wird gezwungenermassen tarifliche Korrekturen, vor allem in den unteren Einkommensbereichen, nach sich ziehen. Es wird also die einkommensschwächeren Menschen viel stärker treffen als die bereits jetzt relativ hoch belasteten Grossverdiener.

Damit die vielen Menschen mit geringen Einkommen nicht übermässig zur Kasse gebeten werden, muss die Initiative zur Reduktion der Steuerunterschiede bekämpft werden. In diesem Zusammenhang führt deshalb kein Weg an einer Reduktion der Kantonssteuern vorbei. Die neben anderen auch von Mitgliedern der CVP lancierte Initiative «Stopp der Steuerspirale» setzt genau hier an: Die städtischen Steuern sollen gesenkt, die Attraktivität von Basel-Stadt soll gefördert werden. Helfen Sie uns mit! Jetzt! Dies kommt der Bevölkerung der Stadt zugute.

Beat Fankhauser, CVP Riehen

GRÜNE/FRAUENLISTE/BASTA!

Global denken – global grün handeln

Wir wählen Jürg Stöcklin in die Regierung, weil mit ihm ein Grüner zur Wahl steht, dem wir Verantwortung übertragen wollen.

Jürg Stöcklin, 49, ist Privatdozent und Forscher am Botanischen Institut Basel. Familien- und Gleichstellungspolitik sind dem Vater zweier Töchter, der mitverantwortlich ist für Erziehung und Haushalt, aus persönlicher Erfahrung geläufig. Jürg Stöcklin ist seit seiner Jugend politisch aktiv, zuerst in der Friedens- und Anti-Atomkraftbewegung, später bei den Grünen. Er kennt globale Zusammenhänge; Ökologie und soziale Gerechtigkeit sind für ihn eine Selbstverständlichkeit.

Jürg Stöcklin ist Kopräsident des Nordwestschweizerischen Aktionskomitees gegen AKWs, Mitglied der Werkkommission der Industriellen Werke Basel (IWB) und Präsident der Reformkommission des Grossen Rates. Er setzt sich ein für eine fortschrittliche Energiepolitik und gegen eine Ausgliederung der IWB. Die Sparhysterie der letzten Jahre hat Jürg Stöcklin im Hinblick auf ihre Folgen von Anfang an kritisiert, zum Beispiel im Bereich der Bildungspolitik.

Dafür wird Jürg Stöcklin sich einsetzen:

- Fussgänger, Velo, öffentlicher Verkehr und städtische Wohnqualität sollen gegenüber dem motorisierten Privatverkehr Vorrang haben.
- Mit Umweltschutz, Alternativenenergien und Spartechnologien sollen neue Arbeitsplätze entstehen.
- Erwerbsarbeit muss gerechter ver-

teilt, Teilzeitarbeit häufiger und unbezahlte Arbeit nicht hauptsächlich auf die Frauen abgeschoben werden.

- Die Ergänzungsleistungen sollen in unserem Kanton ausgebaut werden, insbesondere auf einkommensschwache Haushalte mit Kindern.
- Die Umsetzung der Schulreform soll nicht an den Finanzen scheitern. Die Universität muss die Unterstützung erhalten, die für Qualität und Wettbewerbsfähigkeit notwendig ist.
- Basel-Stadt soll als Wirtschaftsstandort vielfältiger werden. Neues Handwerk und Kleinbetriebe sind für immer mehr Jugendliche eine Chance, ins Erwerbsleben einzusteigen.

Dagegen wird sich Jürg Stöcklin zur Wehr setzen:

- Ausländerinnen und Ausländer dürfen nicht diskriminiert werden; wir sollten sie an unserer demokratischen Kultur teilhaben lassen und sie rascher integrieren.
- Der Chemiestandort Basel darf sich nicht um die Verantwortung für die Sanierung von Altlasten drücken.
- Schwarze Zahlen in der Staatskasse dürfen nicht für Steuergeschenke an Begüterte verwendet werden.
- Unsere politische Kultur und solidarisches Handeln dürfen nicht kurzfristigem Profit oder blinder Marktorientierung geopfert werden.

Für das Überparteiliche Komitee «Jürg Stöcklin in den Regierungsrat», Marianne Schmid-Thurnherr, Grossrätin/Einwohnerrätin Riehen

FREISINNIG-DEMOKRATISCHE PARTEI (FDP)

New Public Management (NPM) nur ein Modetrend?

Im Bundeshaus, in den Kantonsverwaltungen und in den Gemeinden steht eine organisatorische Führungsreform bevor. Was ist an der heutigen Verwaltungsführung so unbefriedigend? Was ändert sich mit NPM und was kostet eine solche Reform? Ist NPM eine Sparübung, um Personal und Kosten zu reduzieren, oder ist es einfach ein Modetrend?

Der Kanton Basel-Stadt ist – wie übrigens auch die Gemeinde Riehen – in den Prozess für eine Verwaltungsreform eingetreten. Der Reformprozess ist im Gange. Es ist damit zu rechnen, dass der «alte» Grosse Rat dem Vorschlag der Reformkommission folgt und damit dem neu zu wählenden Parlament die parlamentarischen NPM-Spielregeln vorgibt.

NPM will mehr Bürgernähe, mehr Transparenz und eine bessere Effizienz unserer Verwaltung. Dass dies möglich ist, hängt nicht von unseren Beamtinnen und Beamten ab, denn sie sind viel besser als ihr Ruf. Schwerfällige Strukturen und Entscheidungsprozesse, ungenügende Führungsinformationen verunmöglichen systematisches betriebswirtschaftliches Arbeiten und lähmen Initiative und Motivation. NPM will das politische System und die öffentli-

chen Dienstleistungen mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausrichten.

Mit der Reform sollen die vom Staat erbrachten Dienstleistungen definiert (Leistungsauftrag) und deren Kosten betriebswirtschaftlich budgetiert und abgerechnet werden. Das Parlament wird sich dadurch vermehrt mit der Ausgestaltung der von der Verwaltung zu erbringenden Leistungen zu befassen haben. Als Grundlage für diese Diskussionen werden aber bessere und umfassende Kostengrundlagen zur Verfügung stehen (Vollkostenrechnung).

Es wird in Zukunft also nicht mehr über eine einzelne Stelle oder gar deren Besetzung, über den Ankauf eines Bürogerätes, über die Sanierung eines Gebäudes oder einer Strasse diskutiert werden. Dies wird Sache der ausführenden Behörden sein. Das Parlament kann sich demnach mehr den strategischen Aufgaben widmen.

Welche Aufgaben soll der Staat in welcher Qualität erfüllen? Die Definition der Leistungsaufträge und deren Kosten wird in allen Verwaltungsbereichen zu politischen Diskussionen führen. Denken wir nur an den Gesundheitsbereich, die Schulen, das Polizeiwesen, das Sozialdepartement usw. Der Grosse Rat wird dadurch auch die Frage, welche

Aufgaben durch den Staat zu erbringen sind, beantworten können. Die parlamentarischen Aufgaben werden anspruchsvoller, aber effizienter. Eine neue politische Kultur ist verlangt.

Mit den Leistungsaufträgen und einer transparenten Rechnungslegung, welche die Kosten der entsprechenden Aufgabe vollumfänglich aufzeigt, lässt sich eine politische Diskussion auch besser kommunizieren. Es darf deshalb angenommen werden, dass mit der Reform ein leichter Einbezug der Bevölkerung ermöglicht wird. Damit wird auch die dringend notwendige Bürgernähe für die politische Tätigkeit erreicht.

Eine wesentliche Verbesserung für die Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich durch die höhere Selbstständigkeit der Verwaltungsbereiche. NPM nennt alle, die einen Staatsdienst in Anspruch nehmen – ob Steuerzahler, Parksünder oder Subventionsempfänger –, Kunden. Wir Kunden sind gespannt auf die Auswirkungen der Reform in unserem Kanton und erwarten vom neuen Grossen Rat eine weise und zielgerichtete Umsetzung der kundenorientierten Politik.

Fritz Weissenberger, Grossrat, Gemeinderat FDP Riehen

JUNGES BASEL

Für eine gute Bildungspolitik

Heute möchten wir Ihnen erläutern, was sich Junges Basel unter einer guten Bildungspolitik vorstellt.

Bildung ist lebensnotwendig

Die Schweiz ist ausserordentlich auf eine gute Ausbildung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner angewiesen – unsere Bildung ist ja die einzige wirtschaftliche Ressource, die wir besitzen! Es ist für Junges Basel deshalb unverständlich, wie stark nach wie vor bei den Schulen, den Lehrstellen oder der Uni gespart wird. Jeder Einschnitt ins Bildungsangebot ist ein Schnitt ins eigene Fleisch.

Der einzelne Mensch zählt

Junges Basel spricht sich für eine Ausbildung aus, die sich an den individuellen Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen orientiert. Die Förderung von Begabten gehört genauso dazu wie der Stützunterricht für (noch) lernschwache Kinder: Niemand soll gebremst werden, niemand soll «unter die Räder» kommen.

Die beste Ausbildung

Die reformierte Schule kann und muss verbessert werden, damit den Bedürfnissen des einzelnen Kindes wieder mehr Rechnung getragen wird. «Die Übung» jetzt abubrechen, würde überhaupt nichts bringen: Ein erneuter Systemwechsel wäre weder den Schülerinnen und Schülern noch den Lehrpersonen zuzumuten. Dennoch sollen neue Ideen ernsthaft diskutiert und nicht von vornherein verdammt werden: die Einführung von Bildungsgutscheinen etwa, oder die Öffnung der Privatschulen für alle durch Steuererleichterungen. Junges Basel bekennt sich zu einem ambitionösen Ziel: Basel soll in wenigen Jahren die beste Ausbildung anbieten können, die es in der Schweiz gibt.

Lehre statt Leere

Ein besonderes Anliegen ist uns, dass niemand, anstatt eine Lehre zu finden, ins Leere stürzt. Nie mehr sollen junge Leute das Gefühl haben müssen, nach der Schule von niemandem gebraucht zu werden. Damit das nicht

mehr vorkommt, müssen natürlich in erster Linie die Schulen (namentlich die WBS) verbessert werden. Dem Gewerbe müssen aber auch Anreize geboten werden, mehr Lehrlinge anzustellen. Mit Steuererleichterungen als Dank für neu geschaffene Lehrstellen würde der Staat langfristig Geld sparen.

Mitreden – Mitentscheiden

Auf der Liste Junges Basel kandidieren 13 junge Riehenerinnen und Riehener für den Grossen Rat. Viele von uns sind noch mitten in ihrer Ausbildung, viele erkennen jetzt, wie gut oder wie schlecht die Schule sie auf das Berufsleben vorbereitet hat. Alle sind wir unmittelbar von der Bildungspolitik der letzten Jahre beeinflusst. Wir glauben, dass unsere Erfahrungen und unsere Ideen für die Bildungspolitik im Kanton Basel-Stadt wertvoll sein würden.

Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Wahl die Liste 6 – wir freuen uns über Ihre Stimme.

Barbara Gloor und Valentin Handschin

DEMOKRATISCH-SOZIALE PARTEI (DSP)

Wirksame Vertretung der Interessen Riehens

Die dem Kolumbus-Ei vergleichbare Lösung scheiterte nun aber im Grossen Rat an einer einzigen Stimme. Ausschlaggebend dafür war, dass die den Grossen Rat bevölkernden Gemeinderatsmitglieder Tamm (SP) und Weissenberger (FDP) sich bei dieser Abstimmung der Stimme enthielten. Sie desavouierten damit aber nicht nur den Gemeinderat, sondern die gesamte Riehener Bevölkerung, die sich stets für ein soziales Steuersystem ausgesprochen hatten.

Nun ist es ja beileibe nichts Neues, wenn bürgerliche Politiker notwendige Steuererhöhungen nicht in erster Linie auf dem Buckel ihrer eigenen Klientel abwickeln wollen. Noch nicht überall bekannt ist aber, dass auch SP-Politiker häufig das eigene Hemd ihrer Repräsentanten im Grossen Rat – in diesem Fall der Lehrpersonen, die sich gegen eine Abspaltung der Schulen zur Wehr setzten – häufig näher liegt als das ihrer eigenen Wählerschaft.

Gebannt wartet nun männiglich darauf, ob es dem liberalen (!) Finanzdirektor gelingt, ein neues Zauberei auszubrüten. Namentlich den Riehener Gemeinderat plagt die Angelegenheit. Er sitzt aber regungslos da wie das Kaninchen vor der Schlange, im Wissen, dass sich das Gremium selbst uneinig ist und daher nicht fähig ist, selbst aktiv zu werden.

Der Ball liegt aber auf jeden Fall beim Grossen Rat. An der Bevölkerung Riehens liegt es nun, in dieses Gremium Personen zu delegieren, die in der Lage sind,

ihre wirklichen Interessen zu vertreten. Die DSP und ihre Kandidatinnen und Kandidaten bieten im Verein mit ihrem in Riehen Wohnhaften Regierungsrat Hans Martin Tschudi Gewähr dafür.

Walter Maeschli, Grossratskandidat DSP Riehen

IMPRESSUM

Verlag: A. Schudel & Co. AG 4125 Riehen, Schopfgrässchen 8 Telefon 645 10 00 und 645 10 11 Telefax 645 10 45 Internet www.riehener-zeitung.ch E-Mail riehenerzeitung@riehener-zeitung.ch Leitung Christoph Schudel
Redaktion: Redaktionsleitung: Dieter Wüthrich (wü) Judith Fischer (fi), Rolf Spriessler (rs)
Freie Mitarbeiter: Rainer Dobrunz, Philippe Jaquet (Fotos), Nicolas Jaquet (nj), Marlene Minikus (mm), Amos Winteler (aw).
Inserate: Sabine Fehn, Verena Stoll Telefon 645 10 00, Telefax 645 10 45
Verkauf ausserhalb Verbreitungsgebiet: Publicitas, 4010 Basel Telefon 275 41 41, Fax 275 42 42
Abonnementspreise: Fr. 75.– jährlich (Einzelverkaufspreis Fr. 1.80) Abo-Bestellung über Telefon 645 10 00 Erscheint wöchentlich im Abonnement Redaktions- und Anzeigenschluss: Dienstag, 18 Uhr
Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für unverlangte Zusendungen wird jede Haftung abgelehnt.

Die Parteien zu den Wahlen

Sozialdemokratische Partei (SP)

Mit der SP für die Gleichstellung der Geschlechter!

«Papa, glaubst du, dass ich die Decke mit meinen Händen berühren kann, wenn ich auf dem Bett springe?» – Mein Elfjähriger ist zu allerlei Hallodri aufgelegt, weil er fertig mit den Hausaufgaben ist. «Nimm bitte die Pfeife aus dem Mund und komm mal zu mir.» Ich weiss, dass er mich umarmen will, und ich geniesse diese Zärtlichkeit ausführlich.

Heute waren wir fürs Mittagessen zu zweit. Als ich um halb eins von der Schule nach Hause kam, hatte mein Sohn Jonas den Tisch schon gedeckt, den Bohensalat hatte ich am Vortag vorbereitet und die Kartoffeln waren schnell gebraten. Unseren Zeitplan haben wir gut einhalten können: eine halbe Stunde Franzwörtlein, eine weitere halbe Stunde Mathe, ein paar Minuten am Compi für die GN. Es ist erst halb vier und Jonas kann draussen spielen gehen.

Mich erwarten ein paar Haushaltsaufgaben – seit der Geburt von Jonas übernehme ich die Hälfte der Betreuung, dies auch, nachdem ich mich von meiner Frau getrennt habe. Wie ich arbeitet sie Teilzeit. Meinen Beruf als Lehrer übe ich zwar gerne aus, manchmal beansprucht er mich aber sehr und mein Leben käme

mir einseitig vor, wenn ich nur die Berufsarbeit hätte. Der enge Kontakt mit meinem Sohn, das Erlebnis, ihn sich entwickeln zu sehen, Krisen, Krankheiten, Probleme mit ihm durchzustehen, würde mir fehlen. Andererseits freue ich mich immer wieder, von Kind und Haushalt wegzukommen.

Warum sollte es Frauen anders gehen? Warum muss es immer noch so sein, dass den Frauen mehrheitlich allein Kinder und Küche obliegen und sie sich beruflich nur eingeschränkt entwickeln können? Warum treffe ich an einem schönen Nachmittag auf dem Spielplatz nur ausnahmsweise Väter mit ihren Kindern an?

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen sich für eine konsequente Gleichstellung der Geschlechter ein. Dass Männer und Frauen sich in die Familien- und Berufsarbeit teilen, ist mir ein grosses Anliegen, ebenso dass beide Geschlechter im Beruf die gleichen Chancen und die gleichen Löhne haben, dass Frauen in Spitzenpositionen gleichermassen vertreten sind wie Männer. Als Historiker weiss ich, dass die Rollenteilung nicht «natürlich» und «ewig» ist,

dass Geschlechterbilder soziale «Konstrukte» sind, veränderbar. Während Frauen seit Jahrzehnten ihre Rolle aktiv verändern, haben die Männer bislang kaum damit begonnen. Nach wie vor definieren sich Männer hauptsächlich über ihre berufliche Leistung.

Als Sozialdemokrat und mit meiner Erfahrung als Vater will ich mich dafür engagieren, dass unser Kanton die Gleichstellung umsetzt und das Nachdenken der Männer über ihr Rollenverhalten fördert. Männer haben oftmals zu wenig Bezug zum wachsenden Leben oder haben davor sogar Angst, reagieren mit Macht und technokratischen Lösungen. In diesem Zusammenhang sehe ich die angewachsenen sozialen Unterschiede, die Zerstörung der natürlichen Umwelt, die Sparpolitik im Bildungssektor, aber auch den Irrglauben, Globalisierung und Privatisierung löse all unsere Probleme. Die SP kämpft in all diesen Bereichen für soziale, menschliche und umweltgerechte Lösungen. Wählerische Menschen sind deshalb gut beraten, die Liste 5 in die Urne zu werfen!

Roland Lötscher, SP Riehen, Vater, Historiker, Gymnasiallehrer

Ver. evang. Wählerinnen und Wähler (VEW)

Gerechte Steuern? – Gute Steuern?

Steuern sind ja an und für sich schon ein leidiges Thema. Oder gehören Sie zu den Menschen, die aus voller Überzeugung sagen: «Ich bezahle gerne Steuern, wir bekommen ja schliesslich eine Menge guter Leistungen von unserem Staat – von unserem Kanton.»

Nun, ob gerne oder nicht, es geht auf der politischen Bühne eher darum, wie wir das Steuersystem gestalten. Wir von der VEW sind der Überzeugung, dass Riehen ein gutes Steuersystem hat. Darin sind zentrale Anliegen der VEW umgesetzt. Wir setzen uns für die Familien ein, wir setzen uns auch für Menschen ein, deren materielle Situation weniger günstig ist. Das Riehener Steuersystem begünstigt Sozial Schwächere und ist auch für Familien attraktiv. Rein rechnerisch gesehen also nicht gerecht, aber sozial und solidarisch. Rein rechnerisch wäre es ja auch nicht gerecht, dass wir weniger bezahlen als Mitmenschen in der Stadt. Aber nützt es irgend jemandem im Kanton, wenn wir durch ein «gerechtes» System Steuerzahlende aus unserem Kanton vertreiben?

Würde zudem die Steuerinitiative angenommen, können wir unser System, mindestens in der heutigen Form, nicht erhalten. Nicht nur müssten wir mehr Steuern bezahlen, die Ausgestaltung des Steuersystems müsste demjenigen der Stadt angepasst werden. Auch staatspolitisch gesehen wäre die Annahme der Steuerinitiative ein grosser Schritt rückwärts: Die Bevölkerung der Stadt würde die Bevölkerung der Gemeinde nicht nur zu höheren Steuern, sondern auch noch zu einem Steuersystem, das weniger sozial und weniger familienfreundlich ist, zwingen. Und das alles in einer Zeit, wo wir uns über eine Zusammenarbeit in der Region und sogar grenzüberschreitend Gedanken machen müssen. Meine Lust, Steuern zu bezahlen, wäre auf jeden Fall massiv verschlechtert.

Ich möchte damit nicht den Eindruck erwecken, das Riehener Steuersystem sei das Ein und Alles. Jedenfalls haben wir ein System, das ich nicht verschlechtert haben möchte. Und wir werden dafür kämpfen müssen. Wir werden

vor allem gemeinsam die Interessen von Riehen gegenüber dem Kanton klar machen müssen. Es gilt also, für Riehen einzustehen.

Es ist mir sehr wichtig, dass wir über Parteigrenzen hinweg die Riehener Interessen vertreten. Wir sind der kleinere Partner und es hilft niemandem, wenn wir in Riehen dank Individual-Interessen oder persönlichen Verletzungen der Classe politique Nabelschau betreiben. Interne Uneinigkeit und Machtkämpfe geben nach aussen ein schlechtes Bild ab.

Ich rufe daher alle Riehener Politikerinnen und Politiker auf, gemeinsam für Riehen einzustehen. Wir haben wichtige Fragen für die nahe Zukunft zu lösen. Wir wollen das zum Wohle der Riehener Bevölkerung und damit auch zum Wohle des Kantons tun. Nur so wird es uns gelingen, wenn schon nicht begeisterte, so doch mindestens überzeugte Steuerzahler zu gewinnen.

Matthias Schmutz, Einwohnerrat Präsident VEW Riehen

Schweizerische Volkspartei (SVP)

Sozialwerke sichern!

Die staatlichen Sozialwerke stehen derzeit in der Kritik. Nur eines ist sicher: Die Kosten, wenn keine Kurskorrekturen erfolgen, werden aus dem Ruder laufen. Die Finanzierung der Sozialversicherungen durch Mehrwertsteuerprozente trifft alle gleich. Die Mehrwertsteuer wird auf fast sämtlichen Artikeln des täglichen Gebrauchs erhoben. Diese Massnahme schmerzt vor allem diejenigen, welche in bescheidenen Einkommensverhältnissen leben müssen. Es ist gerechter, wenn individuell geholfen, statt nach dem sozialistischen Prinzip umverteilt wird. Die Erfahrung hat gezeigt, dass mit dem Giesskannenprinzip es leicht möglich ist, Missbrauch zu betreiben. Ein Sozialplan mit mehr Eigenverantwortung und individueller Hilfe ist deshalb dringend angezeigt. Die SVP zeigt in ihrem Konzept, wie die AHV bis ins Jahr 2010 ohne Renten Kürzung sowie ohne Steuererhöhung gesichert werden kann.

— Dem Volk, was dem Volk gehört. Der

Ertrag sämtlicher nicht für Währungszwecke benötigten Goldreserven der Nationalbank muss in den AHV-Fonds fliessen.

- Das seit 1999 erhobene Mehrwertsteuerprozent muss, wie in der Verfassung festgelegt, vollumfänglich der AHV zugute kommen.
- Der Steuerertrag der Spielbanken muss in die AHV-Kasse fliessen.
- Der AHV-Fonds muss optimaler bewirtschaftet werden.
- Angleichung des Rentenalters von Frauen und Männer auf 65 Jahre.

Missachtung des Souveräns

Am 13. Juni 1999 hat das Volk mit grosser Mehrheit im Kanton Basel-Stadt eine Mutterschaftsversicherung abgelehnt. Es verging kaum ein Tag und die Forderung nach einer kantonalen Mutterschaftsversicherung wurde von den Linken propagiert. Diese Arroganz und Missachtung von Volksentscheiden sucht seinesgleichen. Die Basler SVP

wird mit allen Mitteln eine kantonale Mutterschaftsversicherung bekämpfen.

Krankenversicherung keine «Vollkaskoversicherung»

Ein Fass ohne Boden. Die Krankenkassenprämien werden jedes Jahr bis zu 10 Prozent erhöht. Völlig inakzeptabel ist die Ankündigung, die Krankenkassen zu einer Übernahme der Kosten für die Heroinabgabe an Drogensüchtige zu zwingen. Die Krankenkassen sollten sich wieder auf ihr «Kerngeschäft» konzentrieren und darauf verzichten, Fitnessklubs und dergleichen zu bezahlen.

Die SVP vertritt die Meinung, dass gut organisierte, regional liegende, kostengünstige Spitäler auf der kantonalen Spitalliste bleiben müssen. Dazu gehört das Riehener Gemeindespital. Riehen mit 20'000 Einwohnern hat mit Sicherheit ein Anrecht auf eine gute gesundheitliche Versorgung.

SVP Basel-Stadt

In Kürze

Korrigenda

Bei der Foto-Panoramaseite mit allen im Wahlkreis Riehen für den Grossen Rat Kandidierenden in der letzten RZ-Ausgabe vom 29. September wurde irrtümlich der Vorname einer Kandidatin falsch wiedergegeben.

Für die DSP auf Liste 11 kandidiert Ursula (und nicht Susanne) Merkel. Wir bitten um Kenntnisnahme.

Die Redaktion

Unvollständige Gemeinderatsfoto

In ihrer Ausgabe vom vergangenen Freitag hat die RZ auf der Titelseite zum Gemeindereformprojekt «PRIMA» unter anderem eine Foto des Riehener Gemeinderates publiziert. Auf dieser Foto fehlte leider Gemeinderätin Maria Iselein-Löffler, die zum Zeitpunkt, als diese Foto entstand, ortsabwesend war.

Die Redaktion

Sport in Riehen

Volleyball SP Bellinzona – KTV Riehen 0:3

Gutes Saisondebüt

rs. Nach 44 Spielminuten war es vorbei, das erste Saisonspiel der Nationalliga-B-Volleyballerinnen des KTV Riehen. Ohne ernsthaft gefordert zu werden, gewannen die Riehenerinnen in Bellinzona 0:3 (13:25/18:25/13:25). «Wir haben einfach gespielt und einige eintrainierte Spielzüge gar nicht eingesetzt», erläuterte Trainer Chuanlun Liu, dem nicht entgangen war, dass sein Team von späteren Gegnern per Video beobachtet worden war. Doch sein Team habe eine gute, stabile Leistung gezeigt. Die erst 16-jährige Liberospielerin Diana Engetschwiler habe einen guten NLB-Einstand gehabt, obwohl sie wesentlich mehr könne, als sie hier gezeigt habe. Doch das sei verständlich, denn sie sei etwas nervös gewesen. Nicht zufrieden war der Trainer mit der Blockarbeit seines Teams. Sowohl bezüglich Technik als auch bei der Sprunghöhe gebe es da einiges zu verbessern.

Die Riehenerinnen spielten von Anfang an konzentriert und gingen schnell in Führung. Als wesentliche Verstärkung entpuppt hat sich die aus der Slowakei zum KTV gestossene Chinesin Yunshu He, obwohl hie und da noch Abstimmungsprobleme und Missverständnisse im Teamgefüge zu bemerken waren. Die abschlussstarke Chinesin entlastet andere starke Angreiferinnen wie Gracie Santana Bani oder Lea Schwer und macht den Riehener Angriff variantenreicher.

Am Pass begann wie gewohnt Rahel Schwer. Im Verlauf des dritten Satzes wurde sie von Allrounderin Patricia Schwald abgelöst, die im ersten Satz noch auf der Diagonalposition eingewechselt worden war. In der Startsechs standen ausserdem Jasmina Jasarevic und Lucia Ferro. Im dritten Satz kam Magdalena



Die neu zum KTV Riehen gestossene Chinesin Yunshu He beim Smash.

Foto: Rolf Spriessler

Komorski zum Zug. Die 16-jährige Naemi Rubeli kam mit einem Kurzeinsatz zu ihrem Nationalliga-B-Debüt.

Morgen Samstag kommen die Riehenerinnen gegen den TV Schönenwerd zu ihrem ersten Heimspiel (19 Uhr, Niederholz), bevor am 14. Oktober (ebenfalls um 19 Uhr in der Sporthalle Niederholz) das erste Regionallerby gegen Therwil folgt. Therwil kam zu einem 3:0-Auftaktsieg gegen Ebnat-Kappel.

SP Bellinzona – KTV Riehen 0:3 (13:25/18:25/13:25)

Spielzeit: 44 Minuten (15/17/12). – Arte e Mes- tieri. – 50 Zuschauer. – SR: Gieder/Moser. – SP Bellinzona: Panizzolo, Mota, Quadri, Posavec, Silacci, Marchetti, Tafilica (Libero), Finamore. – KTV Riehen: Jasarevic, Rahel Schwer, Yunshu He, Ferro, Santana, Lea Schwer, Engetschwiler (Libero), Schwald, Komorski, Rubeli.

Fussball FC Amicitia – US Bottecchia Basel 5:0 (3:0)

Sieg trotz Unterzahl

tp. In einem mit Spannung erwarteten Spiel gegen den überraschend gut klassierten Aufsteiger US Bottecchia Basel erreichten die Riehener einen verdienten Sieg. Sie konnten damit auf den dritten Tabellenrang vorstossen und den Abstand zu den vor ihnen platzierten Old Boys Basel und Coruña/Napoli gleich halten. Übermorgen Sonntag tritt der FC Amicitia Riehen im nächsten Spiel mit für die Riehener vorentscheidendem Charakter gegen den FC Coruña/Napoli an (15.15 Uhr, Sportanlagen St. Jakob).

Gegen die US Bottecchia gingen die Riehener von Beginn weg konsequent vor und drängten die Gäste in deren eigene Platzhälfte zurück. Es war daher keine Überraschung, dass bereits nach fünf Minuten Degiorgi zu einer ersten sehr guten Chance kam, die er jedoch nicht verwerten konnte. Nach dem anschliessenden Eckball konnte derselbe Degiorgi den Ball bereits zum 1:0 für die Riehener über die Linie bugsieren. Damit war das erste Ziel erreicht: ein frühes Tor, um danach die Partie ruhiger und mit einer grösseren Sicherheit angehen zu können.

Wie so oft in dieser Saison kam es aber anders, als es sich die Riehener Betreuer vorgestellt haben. Nach dem frühen Gegentreffer erholten sich die Gäste rasch und bewiesen in der Folge, wieso sie in der Tabelle derart weit vorne klassiert sind. Mit einem druckvollen Spiel und zwei sehr beweglichen Stürmern machten sie der Riehener Defensiv- e das Leben schwer und konnten in der Folge zweimal alleine auf Baumgartner losziehen. Doch die Gäste waren nicht fähig, die sich ihnen bietenden Chancen auch auszunützen. Baumgartner reagierte jeweils hervorragend und bewahrte seine Mannschaft vor einem Gegentreffer. Seine grösste Glanztat zeigte er, als er in der 10. Minute einen Penalty halten konnte. Baumgartner war in dieser Phase dafür verantwortlich, dass die Riehener ihre gute Ausgangslage halten konnten.

Einige Minuten später, in der Zwischenzeit hatte Amicitia den Druck wieder vermehrt vor das Gästetor verlagern können – erhielt Maurice Gugger seine zweite gelbe Karte in diesem Spiel. Diese gelb-rote Karte bedeutete für ihn den Platzverweis. Es handelte sich um einen harten Entscheid, erhielt Gugger doch beide gelben Karten infolge eines Prellballs. Ist die zweite gelbe Karte noch ver-

trethbar, da der gegnerische Spieler schneller am Ball war und Gugger so nur noch dessen Bein treffen konnte, muss man die erste gelbe Karte in die Rubrik «sehr hart» einreihen, da solche Situationen im Kampf um den Ball in jedem Spiel oft vorkommen und Gugger keinerlei böse Absicht unterstellt werden kann.

Lamentieren nutzte jedoch nichts. Die Riehener mussten sich in aller Kürze neu organisieren, um nicht vom nun zu erwartenden Druck der Gäste überrollt zu werden. Nun, dieser Druck kam zwar, doch bereits nach etwa zehn Minuten Unterzahlspiel hatten sich die Riehener sehr gut eingestellt und konnten das Spielgeschehen weit vor das eigene Tor verlagern. So bestand kaum direkte Gefahr. Gleichzeitig waren die Amicitia-Spieler durch Konter jederzeit gefährlich. So kam es auch, dass bis zur Pause der Vorsprung des Heimklubs auf drei Tore erhöht werden konnte. Zweimal profitierte Puntel von Fehlern der Hintermannschaft der US Bottecchia, einmal mit einem von halblinks direkt verwandelten Freistoss aus etwa 20 Metern.

Nach der Halbzeitpause erwarteten alle auf der Grendelmatte einen energisch angreifenden Gast aus der Stadt. Doch der Druck auf das Riehener Tor blieb aus, vielmehr konnten die Riehener immer wieder gefährliche Angriffe lancieren. Als in der 67. Minute Remo Gugger den Ball nach wunderschöner Vorarbeit von Tomaschett zum 4:0 einschieben konnte, war das Spiel entschieden. Nun waren auch die letzten Hoffnungen der Gäste verfliegen. Das 5:0 durch von Wartburg in der 73. Minute war in diesem Sinne nur noch eine Zugabe.

FC Amicitia – US Bottecchia Basel 5:0 (3:0)

Grendelmatte. – Tore: 6. Degiorgi 1:0, 29. Puntel 2:0, 37. Puntel 3:0, 67. Remo Gugger 4:0, 73. von Wartburg 5:0. – FC Amicitia (3. Liga): Baumgartner; Pfister, Thoma; Helde, Th. Plattner; M. Gugger, R. Gugger (70. Petrovic), von Wartburg (75. Raz), Tomaschett; Degiorgi, Puntel (60. Schwörer). – Bemerkungen: 10. Amicitia-Torhüter Baumgartner hält Penalty. – 20. Platzverweis für Maurice Gugger (gelb-rote Karte nach Foul).

3. Liga, Gruppe 2, Tabelle:

1. CD Coruña-Napoli 6/15 (12:6), 2. BSC Old Boys II 5/13 (19:10), 3. FC Amicitia 6/13 (16:5), 4. US Bottecchia 6/12 (12:10), 5. AS Timau 6/9 (11:10), 6. FC Türkücü 6/9 (9:14), 7. VRR Kleinhüningen 6/8 (12:9), 8. FC Polizei 6/8 (14:14), 9. SC Steinen/Breite-St. Clara 6/5 (9:14), 10. FC Alkar 6/4 (7:14), 11. US Olympia 6/3 (6:11), 12. FC Alemannia 5/0 (5:15).

SPORT IN RIEHEN

BASKETBALL Frauen des CVJM Riehen vor Comeback in der 1. Liga national

Mit neuen Kräften aufgestockt

re. Erst vor wenigen Monaten haben sich die Basketballerinnen des CVJM Riehen im Auf-/Abstiegsturnier in Pully für die 1. Liga national qualifiziert. Nun geht die Gruppe schon wieder dem Ende der Vorbereitung für die Saison 2000/2001 entgegen und empfängt übermorgen Sonntag, den 8. Oktober, um 14 Uhr in der Sporthalle Niederholz Bulle Basket.

Ohne Abgänge konnten die Riehenerinnen im Mai die Vorbereitungen für die bevorstehende Meisterschaft aufnehmen. Neu zum CVJM Riehen gestossen sind die Spielerinnen Nicole Müller vom BTV Basel und Kirsten Struckmann vom SC Liestal. Beide Spielerinnen sind für die Riehenerinnen wahre Verstärkungen. Aufgrund ihrer Erfahrungen auf nationalem Niveau werden sie sowohl im technischen als auch im taktischen Bereich dem Team Sicherheit in der Defensive und in der Offensive geben.

Wieder zurück in der Sportgemeinschaft sind nach einem Jahr Pause die Spielerinnen Dagmar Bargetzi, Iris Berger, Barbara Stalder und Simone Stebler, die schon auf nationalem Niveau gespielt haben und somit eine hervorragende Ergänzung für das Team sind.

Motiviert und erfolgsorientiert möchten Trainer Raphael Schoene und seine Sportlerinnen im kommenden Jahr einen weiteren Fortschritt erzielen. Das Kader der Riehenerinnen, das neu 15 Spielerinnen umfasst, ein Durchschnittsalter von 24 Jahren und eine durch-



CVJM Riehen (1. Liga), stehend von links: Susan Roest, Iris Berger, Brigita Kolesaric, Fausta Chiaverio, Ursula Jäggi, Dominique Madörin, Nicole Müller, Kirsten Struckmann, Raphael Schoene (Trainer); sitzend: Barbara Stalder, Jasmine Kneubühl, Dagmar Bargetzi, Martina Stolz, Simone Stebler. Foto: zVg

schnittliche Körpergrösse von 170 Zentimetern aufweist, verfügt über talentierte, verantwortungsbewusste und erfahrene Spielerinnen, womit sich die Riehenerinnen auch über diese Saison hinaus einen Platz in der 1. Liga sichern möchten.

Dennoch sind die Spielerinnen dazu aufgefordert, einen Mehraufwand für den Basketballsport auf sich zu nehmen, um wirklich erfolgreich zu sein. Sie trainieren dreimal pro Woche, wobei in einem der drei Trainings immer ein spezielles Thema behandelt wird. Die Spielerinnen bekommen somit die Möglich-

keit, gezielt in technischen Bereichen Fortschritte zu erarbeiten, und können dies im letzten Trainingsabschnitt in einem abschliessenden Spiel testen.

Ziel des Vereins ist die Qualifikation für die Aufstiegsrunde zur Nationalliga B. Um dies erreichen zu können, müssen die Riehenerinnen in ihrer Gruppe, die aus sechs Mannschaften besteht, mindestens den dritten Platz belegen. In der Riehener Gruppe spielen BC Fémina Bern, STB Bern Basket, Bulle Basket, SC Liestal, CVJM Riehen und Association Sarine Basket Villars.

BASKETBALL Das erste Männerteam des CVJM Riehen vor dem Saisonbeginn

CVJM-Männer mit einer Notlösung

jl. Die erste Herrenmannschaft des CVJM Riehen befindet sich in einer Periode des Übergangs. Die Glanzzeiten der 70er-Jahre, als das Team in der Nationalliga B spielte, sind nur ein vager Schatten in den Erinnerungen. Nachdem die Mannschaft in der Saison 1998/99 in die 3. Liga abgestiegen war, begann der langsame Wiederaufbau.

Die vergangene Saison hatte ermutigend begonnen, nach der Vorrunde lag der CVJM Riehen auf dem ersten Platz. Doch leider verlor man in der Rückrunde wichtige Spiele, gravierende Fehler wurden in allen spielerischen Bereichen gemacht und der Aufstieg wurde um einen Platz verfehlt. Man belegte den dritten Schlussrang. Die Mannschaft befand sich mit den Nerven und mit der Motivation weit unten, die Trainings wurden spärlich besucht.

Trainer Gasser zurückgetreten

Einige Wochen nach Ende der Saison gab Trainer René Gasser seinen Rücktritt bekannt, womit die Suche nach einem neuen Trainer begann. Zwei Kandidaten wurden angefragt, einer aus Lörrach und einer aus Mülhausen, doch beide fühlten sich nicht bereit, das Amt zu übernehmen. Eine Krisensitzung der Mannschaft wurde einberufen, in der Folgendes entschieden wurde: Die beiden Spieler Olivier Perruchoud und Cyrill Martin werden das Training übernehmen, während der Captain und erfahrenste Spieler der Mannschaft, Thomas Brunner, das Coaching in die Hand nimmt. Dies ist die momentane Situation der ersten Herrenmannschaft des CVJM Riehen, es ist aber keine endgültige Lösung, lediglich die beste Notlösung. Die Suche nach einem geeigneten Trainer geht weiter.

Der CVJM Riehen hat den Abgang einiger Spieler zu verkraften. Mit Oliver Levoni und Massimo Palumbo, zwei der erfolgreichsten Rebounder der letzten Saison, verliert die Mannschaft Spieler in einer Position, wo sie mager besetzt ist. Mit einer Durchschnittsgrösse von rund 1,81 Meter ist die Mannschaft recht klein gewachsen in einer Sportart, wo die Körpergrösse eine tragende Rolle spielt. Genau dieser Faktor könnte ihr zum Verhängnis werden. Zur Mannschaft gestossen ist der Dominikaner Francis Cortico de La Rosa. Der kleine, nur spanisch sprechende Flügel verleiht der Mannschaft eine gewisse Unberechenbarkeit und einen gewissen «Stimmungsschub». Auch mit fünf Spielern aus dem Juniorenbereich hat sich die Mannschaft bereichert. Vor allem einer dieser Junioren, Lukas Kölliker, hat das Potenzial, einer der wichtigen Leistungsträger in dieser Saison zu werden.

Die herausstechende Charakteristik dieser Mannschaft ist, dass sie so jung ist. Mit einem Schnitt von 22,2 Jahren und mit lediglich zwei Spielern, die über 25 sind, ist die Mannschaft eine der jüngsten in der laufenden Meisterschaft. Auch wenn ein Erfahrungsmangel vorliegt, so ist doch das Team des CVJM Riehen I nicht untalentierte. Technisch ist die Mannschaft genug fortgeschritten, um in der Meisterschaft in den obersten Rängen mitzuwirken. Die Hauptprobleme liegen wohl im taktischen Bereich, wo die Unerfahrenheit der Mannschaft zum Vorschein kommt. Man spielt oft mit zu viel Herz und zu wenig Kopf, was im ersten Meisterschaftsspiel gegen die 2. Herrenmannschaft des CVJM Riehen zu sehen war. Doch das Ziel der Mannschaft ist der Aufstieg in die 2. Liga –

eine lösbare Aufgabe, falls die Konzentration stimmt, nicht zu viel Abwesenheiten zu verzeichnen sind und die Motivation intakt ist.

Riehener Derby zum Auftakt

sk. Gleich im ersten Saisonspiel der beiden Männer-Drittligateams kam es zum Riehener Derby. Das Fanionteam hatte mit der zweiten Riehener Mannschaft vor allem zu Beginn kein leichtes Spiel. Das «Zwei» verliess sich eingangs auf abgeklärtes Spiel unter dem gegnerischen Korb, wobei die Verteidigung des «Eins» des öfteren zu wenig agil war. Gleichzeitig lief es beim ersten Team nicht rund. Zahlreiche Fehlpässe und ein wenig geordneter Spielaufbau brachen den Rhythmus der jüngeren Riehener Mannschaft. Zur Halbzeit führte die erste Mannschaft dennoch mit 12 Punkten.

In der zweiten Hälfte legte man einen Zahn zu und erzielte weitere 49 Punkte gegen einen schwächer werdenden Gegner. Die Zuschauer bekamen vor allem in den zweiten 20 Minuten schöne Spielzüge und teils gekonntes Passspiel zu sehen. Alles in allem war es ein verdienter Sieg des CVJM Riehen I. Beim CVJM Riehen II zu erwähnen ist Urs Schöni, der mit seinen 25 Punkten beinahe die Hälfte aller Punkte seines Teams erzielte.

CVJM Riehen I – CVJM Riehen II 85:51 (36:24)
Männer, 3. Liga. – Sporthalle Niederholz. – CVJM Riehen I: Jonny Lee (9), Matthias Pfeifer, Thomas Brunner (3), Cyrill Martin (16), Raphael Schöne (11), Olivier Perruchoud (4), Francis Cortico (10), Stefan Kristmann (6), Mike Sutter (9), Artur Wojciechowski (17). Coach: T. Brunner. – CVJM Riehen II: Gary Alpern (10), Harry Darling, Andreas Stolz, Pascal Enggist (8), Dragan Trajkovic (2), Willy Sonderegger (4), Peter Bruder (2), Urs Schöni (25), Christian Löliger, Martin Henzmann; Coach: Gary Alpern.

UNIHOCKEY Oberwil – Riehen II 12:5/Riehen II – Sissach 10:3

Zwei Punkte zum Auftakt

db. Die erste Halbzeit dieser jungen Saison begann für das zweite Männerteam des UHC Riehen gut. Gegen den favorisierten Aufsteiger Oberwil (dieses Team wird um den Aufstieg mitspielen) konnten die Riehener den Schaden noch in Grenzen halten. Zur Pause lagen die Riehener nur mit 3:4 im Rückstand.

In der zweiten Halbzeit wollte man die Oberwiler früher in der Angriffsauslösung stören und musste durch Konter einige Gegentore hinnehmen. Dabei konnte mehrere Male ein Oberwiler alleine vor dem Riehener Tor in die rechte weite Torecke einschliessen. Schliess-

lich war der Endstand von 12:5 für Oberwil verdient, da die Riehener, mit nur sechs Feldspielern angetreten, nicht mehr zu reagieren vermochten.

In der zweiten Partie gegen die Wild Dogs Sissach stand es für die taktisch clever auftretenden Riehener bereits wenige Sekunden nach dem Anpfiff 1:0. Die Sissacher rannten vergebens an, wie eine Mauer stand man in der Verteidigung. Zu oft versuchte es der Gegner mit Einzelaktionen. Die Riehener verstanden es, die Räume zu kontern zu nutzen. In der zweiten Halbzeit waren die Sissacher zwar mehr im Ballbesitz, wurden aber

nie richtig gefährlich. Was Lukas Lyszynski, dem nun wesentlich mehr gelang als zuvor gegen Oberwil, zu halten hatte, hielt er souverän. Obwohl in den letzten drei Spielminuten, bei denen jeder Spielunterbruch gestoppt wird, trotz einigen Torchancen kein Torerfolg mehr gelang, durften die Riehener mit dem Schlussergebnis 10:3 zufrieden sein.

TV Oberwil – UHC Riehen II 12:5 (4:3)
UHC Riehen II – Wild Dogs Sissach 10:3 (7:1)
UHC Riehen II (3. Liga Kleinfeld): Lukas Lyszynski; Daniel Blum (-/2), Alain Schlatter (1/1), Johannes Huber (4/2), Lorenz Annasohn (-/1), Tobias Gerschwiller (-/2), Hans Peter Brugger (-/2).

TAEKWONDO Schweiz-Kanadierin gewinnt Olympiabronze

«Riehener» Olympiamedaille

rs. Neben der Degenfechterin Gianna Hablützel-Bürki, die gestern Donnerstag in die Schweiz zurückgekehrt ist, gibt es noch eine weitere Sportlerin mit Riehener Wurzeln, die in Sydney eine Olympiamedaille gewonnen hat: die für Kanada startende schweizerisch-kanadische Doppelbürgerin Dominique Bosshart. Ihre Eltern sind in Riehen aufgewachsen, geboren ist die heute 22-jährige Sportlerin in Morges. Die Familie wanderte im Jahre 1981 aus und betrieb in Landmark in der kanadischen Prärie-provinz Manitoba eine Molkerei, seit 1996 wohnt sie in Winnipeg.

Dominique Bosshart begann als Zwölfjährige mit dem Taekwondo, weil sie ihr jüngerer Bruder David ins Training mitgeschleppt hatte. Drei Jahre später gewann sie ihren ersten nationalen Titel und seither ist sie sieben Mal in Serie kanadische Meisterin geworden. Für Sydney qualifiziert hat sie sich als Silbermedaillengewinnerin an den Weltmeisterschaften 1999 in Edmonton.

Olympiadebüt für Kampfsportart

Taekwondo ist eine koreanische Zweikampfsportart, bei der Fuss- und Handtechniken angewendet werden und die in Sydney erstmals olympisch war. Im Gegensatz zum Karate liegt beim Taekwondo das Schwergewicht auf den Fusstechniken. Die Wettkämpfer sind mit Körper- und Kopfschutz ausgerüstet. Treffer werden mit Punkten belohnt.

Für die Olympiavorbereitung hat Dominique Bosshart ihr Studium unterbrochen, um sich ganz auf den Sport konzentrieren zu können. Nun möchte sie ihr Studium wieder aufnehmen und in den Fächern Soziologie, Sport und Philosophie abschliessen.

Mit einem knappen 9:8-Erfolg in der Repechage gegen die Venezuelanerin Adriana Carmona – nachdem sie mit einer

tollen letzten Runde einen grösseren Rückstand wettgemacht hatte – qualifizierte sich Dominique Bosshart in der Gewichtsklasse über 67 Kilogramm für den Kampf um die Bronzemedaille gegen die Kroatin Natasa Vezmar. Es war ein sehr ausgeglichener Kampf. Nach zwei Runden führte die Kroatin mit einem einzigen Punkt Vorsprung. Mit drei Punkten in den letzten 20 Sekunden entschied Dominique Bosshart den Kampf schliesslich für sich, der Endstand lautete 11:8.

Für besondere Freude sorgte dieses Resultat an der Grendelgasse in Riehen. Dort wohnt Dominique's Grossvater Ernst Stücklin, der die Sportkarriere seiner Enkelin mit einigem Interesse verfolgt und die RZ auch auf die Riehener Wurzeln der einzigen kanadischen Taekwondokämpferin in Sydney aufmerksam gemacht hat.

Auch mit Riehener Beteiligung gingen übrigens die olympischen Ruderwettkämpfe übers Wasser. Lukas Rieder, Kaderchef des Schweizerischen Ruderverbandes, wohnt nämlich in Riehen.

«Gianna-Fest» im Wenkenhof

Gestern Donnerstag kam die Degenfechterin Gianna Hablützel-Bürki zusammen mit dem Gros der schweizerischen Fechtdelegation am Flughafen Zürich-Kloten an und wurde von einer grossen Delegation des Kantons, der Gemeinde und ihres Fechtteams Riehen-Scorpions empfangen. Das offizielle Fest zu ihren Ehren findet nun definitiv am Dienstag, 17. Oktober, in der Reithalle Wenkenhof statt. Der Anlass beginnt um 17.45 Uhr beim Wenkenross mit einem musikalischen Auftakt durch eine Jazzformation, in der Reithalle wird eine Fecht demonstration unter Mitwirkung von Nationaltrainer Rolf Kalich geboten, dazu eine Talkshow mit Gianna Hablützel und weiteren Gästen.

SPORT IN KÜRZE

Basler Stadtlauf: Anmeldung läuft

rz. Am Samstag, den 25. November, findet der 18. Basler Stadtlauf statt. Gelaufen wird erstmals auf einer neuen Strecke. Start ist auf dem Münsterplatz, dann geht es via Rittergasse und St. Alban-Graben in die Freie Strasse und über den Münsterplatz via Eisengasse über die Mittlere Brücke (bisher bog die Strecke vor der Brücke in den Rhein-sprung ab). Das neue Stück führt über die Mittlere Brücke, durch die Rheingasse und Kartausgasse zur Wettsteinbrücke und beim Kunstmuseum wieder in die bisherige Strecke. Das Ziel befindet sich nach wie vor auf dem Münsterplatz. Einschreiben kann man sich in allen Filialen der Basler Kantonalbank, bei BaZ am Barfi sowie über die Internetadresse www.stadtlauf.ch. Anmelde-schluss ist der 2. November 2000.

Auch in diesem Jahr gibt es zwei geführte Vorbereitungstrainings auf der Strecke. Diese finden am 14. November und am 21. November statt (Besammlung um 19 Uhr bei der Firma Kost Sport, Freie Strasse 51, Basel).

28. Waeländer Volkslauf Inzlingen neu im Oktober auf neuer Strecke

rz. Mit einigen Neuerungen wartet der 50-jährige Turnverein Inzlingen auf für die 28. Auflage seines Waeländer Volkslaufes. Der Termin wurde vom Mai in den Oktober verlegt und die Streckenführung wurde geändert.

Der Lauf findet morgen Samstag, den 7. Oktober, statt. Der Hauptlauf führt über eine Distanz von 10,2 Kilometern und wird um 15.30 Uhr gestartet. Die Kurzstrecke über 5,8 Kilometer verläuft rund um den Maienbühl. Der Start zum Hobbylauf erfolgt um 14.40 Uhr. Bereits ab 14 Uhr werden Kinderläufe in verschiedenen Altersklassen durchgeführt. Start und Ziel aller Läufe befinden sich bei der Erstelhalle in Inzlingen.

Büttel-Erfolg am Wisenberglauf

rz. Die Riehener Gymnasiastin Deborah Büttel hat bei ihrer ersten Teilnahme den Wisenberglauf vom Bad Ramsach zum Wisenbergturm gewonnen. Als schnellste Frau verwies sie Vorjahressiegerin Patrizia Buser (Reinach) und Melanie Allemann (SSC Riehen) auf die weiteren Plätze. Bei den Senioren II gewann Markus Rimondini (SSC Riehen) vor seinem Klubkollegen Sigi Bach-er, Theo Büttel wurde Fünfter.

UHC-R Frauen in Bremgarten

rz. Zum Saisonauftakt spielen die Unihockeyanerinnen des UHC Riehen im Rahmen der Zweitligameisterschaft Kleinfeld übermorgen Sonntag, 8. Oktober, in der Militärhalle Bremgarten gegen den UHC Bremgarten (13.35 Uhr) und gegen den UHC Frenkendorf/Füllinsdorf (16.20 Uhr).

Fussball-Resultate

4. Liga, Gruppe 4: CD Coruña/Napoli – FC Amicitia II	2:0
5. Liga: FC Riehen II – US Olympia A	1:1
Senioren, Zwischenklasse: FC Oberdorf – FC Amicitia FC Frenkendorf – FC Amicitia	0:3 1:1
Veteranen, Regional: FC Riehen – FC Allschwil FC Amicitia – Ciba	2:6 1:1
Junioren A, 1. Stärkeklasse: FC Amicitia – FC Riehen	0:6
Junioren B Elite: FC Black Stars – FC Amicitia A	1:3
Junioren B, 2. Stärkeklasse: FC Zwingen – FC Riehen	4:6
Junioren C-Elite: FC Amicitia A – FC Bubendorf	3:1
Junioren C, 2. Stärkeklasse: FC Riehen – Steinen/Breite FC Gelterkinden – FC Amicitia B FC Black Stars – FC Amicitia C	4:4 5:4 5:1

Frauen, 2. Liga: FC Pratteln – FC Amicitia	3:1
Junioren D, 9er-Fussball: FC Liestal – FC Amicitia B	8:1
Junioren E, Meisterschaft: FC Amicitia A – FC Therwil A	6:2

Fussball-Vorschau

Heimspiele (Grendelmatte):	
4. Liga, Gruppe 4: Sonntag, 8. Oktober, 10.15 Uhr FC Amicitia II – FC Dardania	
Junioren A, 1. Stärkeklasse: Sonntag, 8. Oktober, 13 Uhr FC Riehen – FC Zeiningen	
Junioren B Elite: Samstag, 7. Oktober, 14 Uhr FC Amicitia A – FC Breitenbach	

Handball-Resultate

Männer, 3. Liga: GTV Basel II – KTV Riehen	23:11
--	--------------

Unihockey-Resultate

Männer, Kleinfeld, 3. Liga: TV Oberwil – UHC Riehen II UHC Riehen II – TV Wild Dogs Sissach	12:5 10:2
---	----------------------------

Basketball-Vorschau

Frauen, 1. Liga National: Sonntag, 8. Oktober, 14 Uhr CVJM Riehen I – Bulle Basket	
---	--

AUS DER BADISCHEN NACHBARSCHAFT

Rheinüberwachung

Seit 1993 arbeitet die Rheinüberwachungsstation in Weil am Rhein, nachdem sich die Schweiz und das Land Baden-Württemberg 1990 in einem Staatsvertrag geeinigt hatten, eine gemeinsame Messstation zur Überwachung des Rheinwassers zu bauen. Täglich wird in dem kleinen weissen Haus direkt an der Palmrainbrücke nach 150 Schadstoffen gefahndet. Im Rhein befinden sich, über die ganze Breite des Flussbettes verteilt, fünf Entnahmestellen, durch die das Wasser in den Pumpenkeller der Station befördert wird. Ausserdem werden ständig die so genannten Grundparameter des Wassers gemessen: Temperatur, pH-Wert, Leitfähigkeit und der Sauerstoffgehalt.

Die Überwachungsstation in Weil ist eingebunden in ein Informations- und Warnsystem der internationalen Kommission zum Schutz des Rheins.

Brauhaus «Kantine»

Auf dem ehemaligen KBC-Gelände in Lörrach entsteht eine neue Erlebnisgaststätte. Ihr Name: «Kantine – Brau-

haus Lörrach». In der ehemaligen KBC-Kantine sind bereits die Braukessel installiert. Ab Mitte Oktober wird hier gebraut, denn am 17. November wird die Betreibergesellschaft die Gastwirtschaft eröffnen. Im Erdgeschoss entsteht ein Gastraum mit 150 Plätzen. Im Saal im ersten Obergeschoss haben weitere 250 Gäste Platz. Der Saal wird auch an Gäste vermietet. In einem Platanengarten werden weitere 200 Plätze eingerichtet. Das Brauhaus soll Treffpunkt für alle Generationen werden. Die Gäste finden hier exklusiv für dieses Haus gebrautes Bier (drei Sorten, von denen eine saisonal wechselt). Die Rohstoffe kommen aus der Region. Das kulinarische Angebot soll gut und innovativ sein.

Brückensanierung

Vom 4. bis 20. Oktober sowie vom 6. bis 24. November wird die Durchfahrt durch Lörrach der Wiese entlang in Richtung Wiesental etwas erschwert werden. Eine Holzbrücke, die zum Lörracher Naherholungsgebiet «Grütt» führt, muss saniert werden. Errichtet

wurde die Brücke ursprünglich zur Lörracher Landesgartenschau, die schon knapp zwanzig Jahre zurückliegt. Erhebliche Holzschäden machen die Arbeiten notwendig. Insbesondere an den tragenden Untergurten der Brücke ist durch Feuchtigkeit Schaden entstanden. Um die Brücke vor derartigen Schäden zu schützen, werden an den beiden Aussenfronten der Brücke jalousienartige Wetterschutzlamellen angebracht. Die Sanierung kostet rund 300'000 Mark. Bereits kurz nach Fertigstellung war die Brücke schon einmal in die Schlagzeilen geraten. Das an sich sehr ansehnliche Bauwerk wurde mit einem Schutzanstrich in «Betongrau» versehen, womit die schöne Holzbrücke einiges ihrer Ursprünglichkeit verlor. Für die Arbeiten muss die B317 halbseitig gesperrt werden. Der Verkehr wird mit Ampeln geregelt.

Europa-Diplom

Für ihre europäischen Leistungen hat der Europarat in Strassburg der Gemeinde Weil am Rhein das Europa-Diplom 2000 verliehen. Die Auszeichnung ist der erste Schritt auf dem Weg

zum Europa-Preis. Mit 27 anderen Bürgermeistern aus ganz Europa war auch Oberbürgermeister Dietz zusammen mit Hauptamtsleiter Walk in Strassburg bei der Verleihung. Das Diplom wird denjenigen Gemeinden oder Kreisen verliehen, deren europäische Leistungen zwar anerkannt werden, die sich aber zum ersten Mal beim Europarat bewerben. Die nächst höhere Stufe ist die sehr viel begehrtere, mit Goldfransen versehene Europa-Fahne, dann die Ehrenplakette und schliesslich der Europa-Preis, der sogar mit 50'000 französischen Francs belohnt wird. Weil am Rhein hat sich im vergangenen Jahr erstmals mit einer Auflistung der vielen grenzüberschreitenden Tätigkeiten beworben.

Radeln in der Fussgängerzone

Die «IG Velo Schweiz» hat sich in Lörrach dafür interessiert, wie Radfahrer und Fussgänger in einer Fussgängerzone miteinander klarkommen. In der Schweiz, so die Hoffnung der Besucher, soll das bald ebenso möglich sein. Dort nämlich, so Christoph Merkli, der in Zürich Geschäftsführer der Interes-

sengemeinschaft ist, bereitet die Regierung in Bern Verordnungen vor, die den Verkehr in den Städten beruhigen sollen. Die «IG Velo» dränge in diesem Zusammenhang auf eine Öffnung von Fussgängerzonen für Radfahrer. In Lörrach erlebte die Delegation, dass ein Miteinander von Fussgängern und Radfahrern durchaus möglich ist, sofern die Fussgängerzone breit genug ist. Laut Jürgen Nef, Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung, sei damit ein guter Kompromiss gefunden worden. Allerdings müsse immer wieder um Rücksicht geworben und der zu schnelle Radler belehrt werden.

Sven Hannawald in Lörrach

Das Skisprung-As Sven Hannawald kommt nach Lörrach. Am Freitag, 13. Oktober, von 15 Uhr an, gibt er im Sportfachgeschäft Sportmüller in der Lörracher Fussgängerzone Autogramme und ist für seine Fans da. In einem Interview beantwortet er Fragen über sich, seine Pläne und Ziele. Gleichzeitig wird mit dem Besuch Hannawalds die Wintersaison eingeläutet.

Rainer Dobrunz